



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2010/2013
11. Sitzung	Donnerstag, 24. Mai 2012 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Bettina Lutz Güttler, Präsidentin
Protokoll	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Brigitte Schmid Marion Möllerke
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Gemeindeschreiber-Stv. Leiter Finanzen
Entschuldigt	Petra Schärer Christian Keller Lisa Dikk
Ende der Sitzung	22.45 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2012/06 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	187
2	2012/07 Inpflichtnahme Frischknecht Felix, SP	188
3	2012/08 Einbürgerungen	189
4	2012/09 Rechnung 2011	190
5	2012/10 Rechenschaftsbericht 2011	192
6	Kreditabrechnungen	194
	1997/152 - Los 3 und 4	
	2001/166 - Los 5	
7	2012/11 Flühstrasse, Rieden, Strassen- und Werkleitungssanierung, Projekt und Kredit von CHF 700'000	195
8	2012/12 Öffentliches Kanalisationsnetz; Erneuerung von Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokollen, Projekt und Kredit von CHF 292'000	197

9	2012/13	Oberstufenschulzentrum OSOS / Erneuerung der Beleuchtung, Nachtragskredit von CHF 90'000	198
10	2012/14	Hallen- und Gartenbad: Sanierung 5. Etappe / Sanierung Wohnung; Kredit von CHF 225'000	205
11	2010/23	Legislaturziele des Gemeinderates / Information des Gemeinderates	207
12	2011/44	Beantwortung Postulat Einflussnahme Streckenführung Baldeggtunnel	208
13	2011/43	Beantwortung Postulat Schulstandort Kirchdorf	212
14	2012/15	Umfrage	212

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Ebenfalls begrüssen möchte ich die Vertreter der Presse.

Die Traktandenliste haben Sie zusammen mit den Unterlagen erhalten. Es liegt eine neue Traktandenliste auf den Tischen mit der korrigierten Nummerierung.

Einen Hinweis zum Traktandum 6: Die Lose 3 und 4 wurden zum Los 4 zusammengelegt.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Petra Schärer, Christian Keller und Lisa Dikk.

Es sind somit 36 vereidigte Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

1 2012.06 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Bettina Lutz Güttler: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 9. April 2012 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohner-rates vom 1. März 2012 in Rechtskraft erwachsen: Kredit von CHF 691'000 für die Sanierung Trottenplatz, Kirchdorf / Neugestaltung Trottenplatz, Wasserleitungs- und Kanalisationssanie-rung; Kredit von CHF 223'500 für die Strassen- und Werkleitungssanierung Kirchweg-Ost, Nuss-baumen.

Zu den **Mitteilungen:** **Bettina Lutz Güttler:** Anlässlich der letzten Einwohnerratsitzung regte Dieter Martin an, ob es nicht möglich wäre, ein Mikrofon anzuschaffen, da er im Konkreten seine weiblichen Ratsmitglieder akustisch nicht gut verstehe. Es ist so, dass vor einem Jahr neue Mi-krofone angeschafft wurden für die bessere Aufnahme der Sitzungen. Bei der Abklärung für dieses neue System war eine wesentliche Frage, ob man im Rat mit Mikrofonen arbeiten möchte oder nicht. Da Verständigungsprobleme bisher nie ein Thema waren, wurde auf Mik-rofone verzichtet. Die Beschaffung der neuen Anlage wurde durchgeführt und wenn wir jetzt zusätzlich Mikrofone installieren würden, wäre dies nicht kompatibel und würde zu Rückkopp-lungen führen. Mein Lösungsvorschlag wäre, dass ich in so einem Fall die sprechende Person auffordere, lauter zu sprechen. Ich bitte auch die Ratsmitglieder, sich zu melden, wenn je-mand nicht verstanden wird. Ich bitte Sie weiter, bei den Abstimmungen deutliche Handzei-chen zu geben, damit klar ersichtlich ist, ob man für oder gegen ein Geschäft ist. Weiter ist noch zu beachten, dass beide Oktober-Sitzungsdaten freigehalten werden sollten, nicht um über Steuerfusserhöhungen zu diskutieren, aber es zeichnet sich ab, dass ziemlich viele Ge-schäfte aktuell werden könnten und dadurch eine zusätzliche Sitzung nötig wird.

Max Läng, Gemeindeammann: Unsere Zonenplanrevision kommt nun von der Planungs- in die Mitwirkungsphase. Verwirrung stiften kann die Tatsache, dass wir zwei Vorhaben haben, die zeitlich unterschiedlich ablaufen.

Das erste Vorhaben betrifft die Liegenschaft Goldiland. Dafür läuft bereits das Mitwirkungs- und Auflageverfahren. Weil es sich um ein einfaches Projekt handelt, können die beiden Ver-fahren Mitwirkung und Auflage gleichzeitig ablaufen. Wir hoffen, dass das Projekt bis Ende Jahr über die Bühne gebracht werden kann.

Der Zeitplan der Zonenplanrevision sieht anders aus. Vom 1. Juni 2012 bis 2. Juli 2012 findet das Auflageverfahren statt. Dazu laden wir Sie am Montag, 4. Juni 2012, um 19.00 Uhr zu einer Orientierung in den Gemeindesaal Bachmatt ein. Anschliessend erfolgen das Auflageverfah-ren und die Anpassung im Kantonalen Richtplan. Für die Zonenplanrevision sind im Frühling des nächsten Jahres eine Orientierung und eine separate Einwohnerratssitzung nur für dieses Traktandum vorgesehen. Zu allen Veranstaltungen wird der Einwohnerrat persönlich eingela-den.

Mit dem Bezug der Wohnungen im Aesch haben wir festgestellt, dass sich die Sichtverhältnisse bei der Kreuzung Kirchweg - Schützenstrasse verschlechtert haben. Dort haben die Velofahrer bekanntlich Vortritt. Nicht wenigen Autofahrern ist dies nicht bewusst und es kommt auf diesem wichtigen Schulweg immer wieder zu heiklen Situationen. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, auf der Schützenstrasse Gummischwellen versetzen zu lassen, um die Autofahrer vor dem Veloweg abzubremesen. Dies im Sinne eines Versuches. Die nächste Verschärfung wäre ein Stoppsignal.

An der August-Sitzung sind provisorisch folgende Traktanden vorgesehen: Einführung Tagesstrukturen; Einzonung Goldiland in die öffentliche Zone; Vorlage Wettbewerb und Planungskredit Goldiland; Einbürgerungen; Sanierungsetappe Hallen- und Gartenbad; Konzept Weiterentwicklung Hallen- und Gartenbad; Ersatzbeschaffung Linder Fahrzeug für Baudienst.

Bettina Lutz Güttler: Zu den **Eingängen:** Am 21. Mai 2012 hat Erich Schmid als Mitglied der CVP-Fraktion, das Postulat zur Abklärung von Standorten für Solaranlagen auf gemeindeeigenen Liegenschaften eingereicht. Am 23. Mai 2012 hat die Fraktion SP/Grüne das Postulat Beteiligung der Gemeinde Obersiggenthal am Projekt "Gemeindesolidarität für Trinkwasser in Entwicklungsländern" eingereicht. Heute wurde noch eine Motion von Yvette Nick, Ersatzmitglied der CVP, eingereicht betreffend Prüfung der Verwendung eines bewegungsabhängigen LED-Beleuchtungssystems beim Ersatz von Strassenbeleuchtungen.

Zum **Protokoll:** Das Protokoll der Sitzung vom 1. März 2012 wurde rechtzeitig verschickt. Innert der Frist von zehn Tagen ist beim Büro kein Antrag auf Berichtigung des Protokolls eingegangen.

Das Protokoll vom 1. März 2012 gilt gemäss § 24 des Geschäftsreglements als genehmigt.

2 2012.07 Inpflichtnahme, Frischknecht Felix, SP

Bettina Lutz Güttler: Hans-Ulrich Schütz hat den Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Das Rücktrittsschreiben wurde bereits an der letzten Sitzung vorgelesen.

Herr Felix Frischknecht wird die Nachfolge für den zurückgetretenen Hans-Ulrich Schütz im Einwohnerrat antreten.

Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Art. 1 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal.

Felix Frischknecht: Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Ich hoffe, dass es immer eine faire und sachliche Diskussion geben wird und dass das Wohl der Gemeinde im Vordergrund steht und nicht das Parteidenken.

Bettina Lutz Güttler: Somit sind zurzeit 37 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

3 2012.08 Einbürgerungen

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler: Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

André Kummer: stellt im Namen der SVP-Fraktion den

Antrag,

es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.

André Kummer: Die Einbürgerungskommission lehnt die neuen Tests für Sprach- und Staatskunde ab, da die Fragen offensichtlich am PC auswendig gelernt werden können. Wie sieht dies in anderen Pilotgemeinden aus? Wie fährt die Gemeinde Obersiggenthal weiter?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Die Einbürgerungskommission hat noch nicht definitiv entschieden, wie Sie mit den beiden Tests weiterfahren möchte. Dem Kanton wurde sofort eine Rückmeldung gegeben. Es geht ja vor allem um den Sprachtest. Der Kanton hat bereits reagiert und es werden in Zukunft beim Sprachtest aus dem Fragepool von aktuell 120 Dialogen nur noch zwei Dialoge sichtbar sein. In Zukunft wird man nicht mehr alle Dialoge im Voraus am Computer anschauen und auswendig lernen können. Aus Sicht des Gemeinderates möchte man am Pilotversuch weiterhin teilnehmen, er wird aber sicherlich kritisch beobachtet.

Bettina Lutz Güttler: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit 10 Stimmen nötig.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss. Der Vorsitzende ermittelt in Globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung. Es entscheiden sich deutlich mehr als 10 Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

4 2012.09 Rechnung 2011

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler: Ich gebe zuerst Linus Egger, Finanzkommissionspräsident das Wort.

Linus Egger: Den Prüfungsbericht der Finanzkommission und die Rechnung haben Sie erhalten. Die darin enthaltenen Punkte möchte ich nicht weiter ausführen. Ich werde jedoch ver-

suchen, Ihnen mit einfachen Folien die wichtigsten Punkte, welche zu den Resultaten geführt haben, aufzuzeigen.

Linus Egger zeigt anhand einer Folie, dass CHF 1.1 Mio. weniger Steuereinnahmen eingenommen wurden als budgetiert. Die Einkommens- und Vermögenssteuer beträgt 1.4 Mio. weniger als budgetiert. Im Budget wurden extra CHF 500'000 mehr budgetiert, weil es immer Mehreinnahmen gab in den letzten Jahren. Leider war dies im 2011 nicht der Fall. Aktiensteuern wurden CHF 250'000 und Schenkungssteuern CHF 140'000 mehr als budgetiert eingenommen. Mögliche Gründe, warum es weniger Steuereinnahmen gab könnten sein: es wurden 400 Steuererklärungen weniger veranlagt, da das Wertschriftenverzeichnis noch nicht geprüft wurde vom Verrechnungssteueramt; höhere Liegenschaftsunterhalte infolge Förderprogramm; weiter gab es mehr Weg- als Zuzüge.

Bei den Vermögenserträgen ist eine Position zu erwähnen, dass sind die Buchgewinne aus dem Liegenschaftsverkauf Ebnehof.

Beim Entgelt ist vor allem die Sozialhilferückerstattungen von CHF 694'000 zu erwähnen. Es sind dafür auch Mindererträge zu verbuchen von CHF 66'000 beim Zivilschutz und Dienstleistungen von CHF 12'000.

Bei der Aufwandseite haben wir beim Personal rund CHF 60'000 weniger ausgegeben als budgetiert. Der Sachaufwand schlägt mit Mehrausgaben von rund CHF 52'000 zu Buche. Bei den Abschreibungen sind die gesetzlich vorgeschriebenen 10% enthalten, welche rund CHF 250'000 weniger ausmachen gegenüber dem Budget.

Die Pflegefinanzierung mit rund CHF 237'000 Minderausgaben ist darauf zurückzuführen, dass diese neu eingeführt wurden und die genauen Zahlen nicht bekannt waren.

Linus Egger zeigt anhand einer Folie die Entwicklung von Budget und Rechnung in den letzten Jahren.

Wenn 1.1 Mio. weniger Steuereinnahmen ausgewiesen werden als budgetiert und die Rechnung trotzdem nur rund CHF 190'000 gegenüber dem Budget abweicht, dann ist man mit einem blauen Auge davon gekommen.

Bei den Steuereinnahmen muss der Gemeinderat die Budgetierung wieder besser dem IST-Zustand anpassen, damit die Differenz zwischen Budget und Rechnung kleiner wird. Der Voranschlag ist allerdings abhängig von der Abgabe der Steuererklärung und der daraus resultierenden Steuerveranlagung und somit äussert schwierig zu budgetieren.

Anhand von weiteren Folien zeigt Linus Egger auf, wo Obersiggenthal bei den Steuerausständen im Vergleich mit dem Bezirk oder dem Kanton steht. Daraus ist deutlich ersichtlich, dass wir über dem Kantons- bzw. Bezirksdurchschnitt stehen.

Die Spitex schloss rund CHF 40'000 besser ab als budgetiert.

Beim Schwimmbad wurden rund CHF 80'000 Mehrausgaben verursacht als budgetiert. Diese sind damit zu erklären, dass man noch eine Altlast hatte bei der Mehrwertsteuer, Personen im BVG angemeldet werden mussten, da die Löhne stiegen, usw.

Die Nettoverschuldung konnte auf rund 8.9 Mio. gesenkt werden. Die Verschuldung wird aber in den nächsten Jahren gemäss dem heutigen gültigen Finanzplan wieder steigen.

Beim Abfuhrwesen stehen sich Graugut, Grüngut und Grundgebühr gegenüber. Wie Ihnen bekannt ist, muss über eine gewisse Zeit 100% der Deckung erreicht werden. Die Gebühren wurden auf das Jahr 2011 um ca. 20% gesenkt. Dennoch wurde eine Deckung von 120% erreicht. Im Budget 2013 müssen die Werte angeschaut werden, da nicht mit einem Deckungs-

grad von 120% weitergefahren werden darf. Voraussichtlich wird man die Grundgebühren senken, damit auch dort einen Deckungsgrad von 100% erreicht werden kann.

Bettina Lutz Güttler: Ich gebe das Wort an die Fraktionen. Zuerst sollten allgemeine Voten gemacht werden und erst anschliessend Voten zu den einzelnen Konten.

Willi Graf: Die CVP-Fraktion hat die Rechnung 2011 eingehend diskutiert. Vor allem wie dieses Ergebnis zustande gekommen ist, gab innerhalb der Fraktion Einiges zu besprechen. Linus Egger hat uns heute einige Besonderheiten wieder einmal gut erklärt und aufgezeigt. Im Budget 2011 hatten der Gemeinderat, die Finanzkommission sowie der Einwohnerrat den Mut, bei den Steuereinnahmen mal etwas zu korrigieren, um die jahrelangen grossen Unterschiede zu verkleinern. Leider hat sich dies nicht bewahrheitet und konnte nur durch einige geringer ausgefallenen Ausgaben für den Kanton korrigiert werden. Entwicklungen von Steuereinnahmen vorherzusagen, ist und bleibt eine sehr schwierige Sache. Nach wie vor müssen wir unseren Finanzen Sorge tragen, besonders in den Bereichen, die wir direkt beeinflussen können, auch weil diese Anteile immer kleiner werden und auch im Hinblick auf die zukünftigen Investitionen. Schlussendlich freut sich auch die CVP über dieses doch noch glückliche Ergebnis und stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion hat das Ergebnis der Rechnung 2011 mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Gründe hat Linus Egger dargelegt, ich möchte diese nicht im Einzelnen wiederholen. In Bezug auf die Steuereinnahmen ist die FDP noch nicht beunruhigt, trotzdem sollte dies auf Stufe Gemeinderat sorgfältig beobachtet werden. Positiv gewertet werden kann die Nettoverschuldung, welche unter 9 Mio. gesenkt werden konnte. An der Grafik wurde aber aufgezeigt, dass diese Verschuldung wieder stark steigen wird. Es ist kein Platz für Euphorie und der Gemeinderat sowie der Einwohnerrat werden auch in Zukunft genau schauen müssen, was ist wünschenswert und was ist wirklich notwendig.

Peter Stucki: Die Fraktion SP/Grüne ist mit dem Rechnungsabschluss 2011 zufrieden. Er wurde gefeiert und einstimmig genehmigt.

Peter Frey: Die EVP-Fraktion hat sich über den Schuldenabbau gefreut. 4 Mio. weniger an langfristigen Schulden, es wäre schön, wenn man so weiterfahren könnte. Aber es ist bekannt, dass bereits in diesem Jahr die Schulden steigen werden. Der EVP-Fraktion ist es wichtig, dass auch in den nächsten Jahren gut priorisiert werden kann. Die Rechnung wird einstimmig genehmigt.

Reto Hehli: Die SVP-Fraktion hat die Rechnung diskutiert. Bei der Rechnung 2011 ist klar ersichtlich, dass die Abgaben an den Kanton jedes Jahr stärker zunehmen. Zudem ist die Reduktion der Abfuhrgebühren mit Vorsicht zu geniessen, da sie jährlich schwanken können. Positiv ist, dass die Gebühren für das Wasser gesenkt werden konnten. Trotz weniger Steuereinnahmen konnte die Verschuldung gesenkt werden und somit kann der tiefste Schuldenstand seit zehn Jahren ausgewiesen werden.

Bettina Lutz Güttler: Die Verwaltungsrechnung wird nun seitenweise durchgegangen.

Erich Schmid: Ich habe eine grundsätzliche Bemerkung zur Investitionsrechnung. Es ist un schön, dass die beschlossenen Kredite nicht aufgeführt werden. Bei der Nachfrage erhielt ich die Auskunft, dass man noch keine Buchungen ausweisen kann. Gemäss Kreditsprechung müssen im Jahr 2012 noch CHF 5.7 Mio. bezahlt werden. Es sind somit mehr Investitionen vorgesehen als aufgeführt. Dass es noch keine Buchungen dazu gibt, ist eine Begründung, diese ist aber sehr schwach.

Erich Schmid: Die Zahlenspielerei auf der Seite 26 finde ich unglücklich. Es ist mir klar, dass es eine Vorgabe vom Kanton ist. Man muss sich klar werden, dass wir im Jahr 2011 die kleinste Nettoverschuldung ausweisen und trotzdem das zweitschlechtesten Ergebnis seit 2001 haben. Ich bitte den Gemeinderat zu intervenieren, ob diese Tabelle wirklich Sinn macht. Wenn man

die Punktezahl anschaut, in den Jahren 2001 und 2008, als man am meisten Schulden hatte pro Einwohner, hatten wir mehr Punkte erreicht, obwohl doppelt so viele Schulden vorhanden waren.

Abstimmung

Die Verwaltungsrechnung 2011 wird unter Entlastung des Rechnungserstellers einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 2012.10 Rechenschaftsbericht 2011

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler: Auch hier möchte ich so vorgehen, dass zuerst die allgemeine Aussprache erfolgt und danach Seite um Seite, Kapitel um Kapitel besprochen wird.

Der Rechenschaftsbericht wird abschnittsweise beraten.

Silvia Dingwall: Die Fraktion SP/Grüne dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Rechenschaftsbericht. Es wird begrüsst, dass man z. B. über die Energiebuchhaltung in der Gemeinde etwas lesen kann. Leider steht aber gar nichts über den sozialverträglichen Einkauf von Material. Nach langer Recherche habe ich vom Leiter der Bauverwaltung erfahren, dass die Gemeinde die internen Beschaffungsrichtlinien überarbeitet hat, wie der Gemeinderat letztes Jahr versprochen hat. Darin steht, dass die Richtlinien für alle Mitarbeiter/innen von der Gemeinde verbindlich sind. Meine Frage an den Gemeinderat: Was wurde konkret unternommen um alle Mitarbeiter/innen darüber zu informieren? Hat dafür eine interne Schulung stattgefunden? Ich befürchte, dass die internen Richtlinien einfach schubladiert werden. Um dies zu vermeiden, bitte ich den Gemeinderat, im nächsten Rechenschaftsbericht zu erwähnen, dass es diese Richtlinien gibt und wie diese umgesetzt werden. Nur so wird es für mich glaubwürdig, dass sich die Gemeinde Obersiggenthal ausdrücklich zu einer nachhaltigen Politik bekennt. Vielleicht könnte die Richtlinie heissen "Beschaffungsrichtlinie für den sozialverträglichen und ökologischen Einkauf der Gemeinde Obersiggenthal".

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Die Richtlinien sind von der Energie- und Umweltschutzkommission dem Gemeinderat zur Genehmigung unterbreitet worden. Der Gemeinderat hat diese Richtlinien genehmigt und an alle Abteilungen weitergeleitet mit dem Hinweis an die Abteilungsleiter, dass diese Richtlinien so umgesetzt werden müssen. Es sind vor allem die Abteilungen IT und Bauverwaltung, welche dazu aufgerufen wurden, die Entwicklungen genau zu beobachten. Es wurde auch bei jeder Beschaffung auf die Merkmale hingewiesen, welche eingehalten werden müssen. Es stimmt aber, dass wir im Rechenschaftsbericht kein Beispiel vermerkt haben. Wir versuchen dies im nächsten Rechenschaftsbericht zu integrieren.

Ueli Zulauf: Ich möchte etwas zum Bericht der Finanzkommission sagen, wobei mein Votum an den Gemeinderat gerichtet ist. Seit einigen Jahren führt die Finanzkommission die Tiefenprüfungen durch. Es sind einige sehr eingehende Tiefenprüfungen durchgeführt worden mit klaren Empfehlungen. Der Einwohnerrat wurde bis heute nicht darüber orientiert, was genau von den Empfehlungen umgesetzt wurde. Ich möchte anregen, dass im Rechenschaftsbericht eingehend über die Umsetzungen der Empfehlungen aus den Tiefenprüfungen berichtet

wird. Ich finde das Instrument der Tiefenprüfung sehr wertvoll, es gibt der Verwaltung und dem Gemeinderat wichtige Impulse und es wird auch einiges an Geld investiert. Aus diesem Grund möchte auch der Einwohnerrat über die Umsetzung der Empfehlungen orientiert werden. Ich finde es schade, dass der Gemeinderat nicht von sich aus auf die Idee kam, ausführlich Bericht zu erstatten.

Ursula Spinnler: Die FDP-Fraktion begrüsst den wiederum sehr ausführlichen Rechenschaftsbericht. Es sind daraus sehr viele interessante Informationen rund um unser Dorfleben ersichtlich. Auch die Fotos sind gut ausgesucht. Eigentlich könnte man dieses Buch fast als Werbebrochüre für die Gemeinde Obersiggenthal verwenden. Wir schätzen den Aufwand, welcher in den Rechenschaftsbericht gesteckt wurde und bedanken uns bei der Verfasserin.

Reto Hehli: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es ein sehr ausführlicher und verständlicher Bericht ist. Die SVP-Fraktion möchte die Gelegenheit noch nutzen und den langjährigen Mitarbeitern der Gemeinde Obersiggenthal für die treuen Dienste danken und zum Jubiläum gratulieren.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rechenschaftsbericht 2011 wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

6	1197.152	Kreditabrechnung Los 4
	2001.166	Kreditabrechnung Los 5

Eintreten wird nicht bestritten.

Max Läng, Gemeindeammann: Bei dieser Abrechnung gibt es eine erfreuliche und eine unerfreuliche Nachricht. In der Vorlage ist ersichtlich, dass die Abrechnung massiv unter dem Kreditantrag liegt. Die Gründe dafür sind in der Vorlage aufgeführt. Die unerfreuliche Nachricht ist, dass der Rechnungsabschluss sehr lange gedauert hat. Diese Kritik nimmt der Gemeinderat entgegen. Immerhin darf ich hier mitteilen, dass dies die letzte Pendezenz gewesen war von alten Rechnungen.

Linus Egger: Die Finanzkommission hat die Kreditabrechnungen angeschaut. Es war leider nicht mehr möglich, alle Details der letzten 14 Jahre nachzuprüfen, dafür wäre der Zeitaufwand zu gross gewesen. Die Finanzkommission arbeitet immer noch im Milizsystem und aus diesem Grund war es nicht möglich, alles genau abzuklären und zu überprüfen. Es wurden verschiedene Interviews geführt und die wichtigsten Unterlagen wurden gesichtet und geprüft. Die notwendigsten Informationen sind im Bericht enthalten und werden nicht mehr erläutert. Ich kann Ihnen versichern, dass das, was wir gesehen haben, in Ordnung war. Es hat keine Leiche mehr versteckt. Die Finanzkommission bittet den Gemeinderat zukünftig die Fertigstellung der Kreditabrechnungen prioritär zu behandeln.

Werner Digel: Wieso geht es so lange mit diesen Abrechnungen? Es sind 15 Jahre vergangen, bis die Kreditabrechnung zur Genehmigung dem Einwohnerrat vorliegt.

Max Läng, Gemeindeammann: Man muss sagen, dass es bei diesen Kreditabrechnungen eine komplizierte Vorgehensweise war. Erschwerend kam hinzu, dass beim Ingenieurbüro Fehler passierten und dadurch die gesamte Rechnungsstellung neu gemacht werden musste. Dies hatte zusätzliche Aufwände zur Folge. Es hatte aber auch noch offene Fälle mit Einsprachen, die erledigt werden mussten. Es gibt noch viele weitere Gründe, warum diese Kreditabrechnungen erst jetzt dem Einwohnerrat vorliegen.

Theo Flückiger: Die Fraktion SP/Grüne stimmen diesen Kreditabrechnungen zu. Trotzdem möchte ich noch eine kritische Randbemerkung machen. Es ist mir aus der Privatwirtschaft etwas unbekannt, dass man über 50% Abweichung von einer Abrechnung hat. Normalerweise ist eine Abweichung maximal 10-15%. Es bleibt ein ungutes Gefühl, es ist zwar besser so, als wenn es 50% mehr gekostet hätte, als der bewilligte Kredit gewesen wäre. Wie man aus dem Bericht entnehmen kann, hat es auch dort gewisse Unstimmigkeiten, die bis heute nicht geklärt werden konnten. Für mich bleibt das Gefühl, dass entweder die Grundlagen ungenügend waren oder dass die Vorlage zum falschen Zeitpunkt dem Einwohnerrat vorgelegt wurde.

Willi Graf: Die CVP-Fraktion hat die Kreditabrechnungen besprochen. Zusammen mit dem Bericht der Finanzkommission gab es keine grossen inhaltlichen Diskussionspunkte. Auf die aussergewöhnlich lange Bearbeitungsdauer gehe ich in meinem Votum nicht mehr ein. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung Vermarktungsrevision und Parzellarvermessung Los 4 über CHF 659'227.30 sowie die Kreditabrechnung Vermarktungsrevision und Parzellarvermessung Los 5 über CHF 873'316.75 werden genehmigt.

Der Antrag wird mit 37 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Bettina Lutz Güttler: Bevor ich Sie in die Pause entlasse, möchte ich noch einen Anstoss für eine mögliche Pausendiskussion geben. Am 26. März 2012 wurde allen Einwohnerräten per E-Mail die jährliche Einladung für das Fussballturnier in Wettingen zugestellt. Ich habe auch die Gemeindeschreiber-Stv. gebeten, innerhalb der Verwaltung nachzufragen, ob jemand teilnehmen möchte. Das Ergebnis ist ernüchternd, es hat sich bis jetzt eine Person an- und sechs abgemeldet. Es gibt also noch ein grosses Potential an möglichen Mitspielern. Es wäre schön, wenn sich noch viele zum Mitspielen auffinden könnten. Die Anmeldefrist läuft noch bis am 29. Juni 2012. Es ist auch nicht erforderlich, dass man Behördenmitglied sein muss, es sind also auch Zuschauer herzlich willkommen. Ich hoffe, es werden sich noch einige melden, damit ich die Anmeldung in die Wege leiten könnte.

7 2012.11 Flühstrasse, Rieden: Strassen- und Werkleitungssanierung, Projekt und Kredit von CHF 700'000

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Gemeinderätin: Die Gemeinde wird immer wieder angefragt, ob es notwendig ist, diese Strasse zu sanieren. Oberflächlich sieht sie ja noch gut aus, da müsse man doch nichts daran machen. Die Bauverwaltung hat eine Dringlichkeitsliste, in welcher festgehalten wird, welche Strassen wirklich saniert werden müssen. (Anhand von Folien erklärt Franziska Grab den Aufbau dieser Dringlichkeitsliste). Es kann sein, dass wie bei der Flühstrasse zwar der Deckbelag noch genügen würde, aber die Wasser- und Kanalisationsleitungen unbedingt saniert werden müssen. Ebenfalls geben die externen Werke wie Swisscom, Cabelcom, EGS usw. ihre Bedürfnisse an, wenn sie die Leitungen austauschen möchten. Aus diesem Zusammenspiel ergibt sich nachher eine Punkteskala, woraus man sieht, welche Strasse wie dringend saniert werden muss. Die Flühstrasse hat 22 Punkte, dies bedeutet höchste Dringlichkeit, obwohl der Deckbelag noch einigermaßen gut aussieht. Im Innern brodeln es und die Gemeinde hat Handlungsbedarf, etwas zu machen. Es gibt auch andere Strassen, wo der Deckbelag in einem sehr schlechten Zustand ist, aber bei den Leitungen kein Handlungsbedarf besteht und trotzdem muss man die Strasse sanieren.

Kommen wir zur Sanierung der Flühstrasse. Das erste Problem sind die Wasserleitungsbrüche, es waren dies vier Stück in den letzten Jahren. Bei der Kanalisation gibt es ebenfalls undichte Stellen. Der Strassenbelag könnte noch ein bis zwei Jahre warten, bevor Handlungsbedarf besteht. Bei der Wasserleitung besteht neben den Wasserleitungsbrüchen noch ein weiteres Problem, nämlich der Löschschutz. In der Flühstrasse hat es Leitungen mit einem zu kleinen Durchmesser. Die Gebäudeversicherung hat interveniert, da der verlangte Durchmesser für den Löschschutz nicht eingehalten wird. Das Projekt der Wasserleitungssanierung beinhaltet den Ersatz der bestehenden Leitung, ca. 170 m. Weiter einen Ringschluss von 50 m, das heisst eine Netzerweiterung von der Flühstrasse mit der Boldistrasse. Eine neue Leitung für den Löschschutz mit einem Durchmesser von 125 mm, damit die Richtlinien eingehalten werden. Neu benötigt es noch drei zusätzliche Hydranten und zwölf Hausanschlüsse bis an die jeweiligen Parzellengrenzen. Die Hauseigentümer haben die Möglichkeit, im gleichen Projekt, ihre Leitungen auf eigene Kosten ebenfalls zu sanieren. Die Kosten für das Wasserversorgungsprojekt belaufen sich auf CHF 249'000. Die Kanalisationssanierung ist nötig, weil die Leitungen Risse aufweisen und undicht sind. Die Sanierung kann im Inline-Verfahren durchgeführt werden. Die Länge beträgt rund 360 m. Die Kosten belaufen sich für die Kanalisationssanierung auf CHF 221'000. Wenn die Leitungen saniert werden, muss auch der Deckbelag erneuert werden. Es entsteht ein komplett neuer Strassenaufbau, Foundation, Tragschicht, Deckbelag und die zu ersetzenden defekten Randabschlüsse. Diese Kosten belaufen sich auf CHF 230'000. Somit beläuft sich das Gesamtprojekt auf CHF 700'000. Die Realisierungsdauer beträgt 5 Monate und beginnen möchte man im Juli 2012.

Christa Ochsner: Die Flühstrasse ist eine ältere Strasse im Quartier Rieden. Dies sieht man ihr auch an, sie hat Risse und Belagsflicke, auch die Leitungen sind undicht. Wasserleitungsbrüche wie man sehen konnte, gab es etliche. Die Wasserleitung braucht einen gewissen Durchmesser für den Löschschutz, dies schreibt die Gebäudeversicherung so vor. Auch die Kanalisationsleitung hat defekte Stellen und erfüllt die gesetzlichen Vorgaben nicht mehr. Mit der Möglichkeit des Inline-Verfahrens können auch Kosten gespart werden, da es keine Grabarbeiten benötigt. Gleichzeitig haben sich noch andere Werke (EGS, Erdgasversorgung oder Swisscom) gemeldet, welche ihre Leitungen ebenfalls sanieren möchten. Es ist optimal, wenn die Strasse schon offen ist, dass gleich alles auf einmal saniert wird. Die CVP-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass die Flühstrasse saniert werden muss.

Peter Marten: Die Sanierung der Flühstrasse ist aus Sicht der FDP-Fraktion unbestritten. Das Nötigste wird gemacht, der Quartierstrassencharakter bleibt aber erhalten. Positiv gewertet wird auch, dass die Ausführungsarbeiten im Submissionsverfahren vergeben werden. Ich hätte

noch einen persönlichen Wunsch. Ich würde es sehr begrüssen, wenn in der Aktenaufgabe auch Situationsfotos oberirdisch dabei wären, damit man sieht, was es genau für Strassen sind und wie diese aussehen.

René Roth: Wir von der SVP-Fraktion stimmen dem Antrag der Flühstrasse zu. Wir haben uns zwei Fragen gestellt. Wieso muss man immer so lange zuwarten, bis die Wasser- und Kanalisationsleitungen so bedenklich sind? Wieso ist in der Auflage die Höhe der Beiträge der Aarg. Gebäudeversicherung nicht ersichtlich, welche durch die Submissionen bezahlt werden?

Franziska Grab, Gemeinderätin: Mit dem Submissionsantrag ist es so, dass der Gemeinderat nur eine ungefähre Schätzung machen kann. Es sind rund CHF 16'000 - 18'000, welche von der Aarg. Gebäudeversicherung an die Strasse bezahlt werden sollte. Zur ersten Frage, wieso man solange zuwartet mit der Sanierung der Strasse. Es gibt etliche Strassen, welche sanierungsbedürftig sind, aber es können nicht alle gleichzeitig realisiert werden. Aus diesem Grund geht der Gemeinderat nach dieser Prioritätenliste und es wird dies gemacht, was wirklich sehr nötig ist.

Brigitte Schmid: Kürzlich hat es mich an der Landstrasse interessiert, was überhaupt in diesem Loch unten passiert. Ich konnte es fast nicht glauben, in was für einem desolaten Zustand diese Leitungen waren. Dass überhaupt noch Wasser durch solche Leitungen fliessen kann, hat mich gewundert. Nach den Beschreibungen von Franziska Grab sind die Leitungen an der Flühstrasse in etwa im gleichen Zustand. Für die EVP-Fraktion ist es keine Frage, dass man diesem Antrag zustimmt.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Das Projekt für die Strassen- und Werkleitungssanierung an der Flühstrasse in Rieden wird genehmigt und hierfür ein Kredit von CHF 700'00 brutto, inkl. MWST, Preisstand Januar 2012, bewilligt.

Der Antrag wird mit 37 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

8 2012.12 **Öffentliches Kanalisationsnetz; Erneuerung von Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokollen, Projekt und Kredit von CHF 292'000**

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Franziska Grab, Gemeinderätin: Es sollten neue Kanalfernsehaufnahmen der Kanalisationsleitungen gemacht werden. Es ist so, dass die bestehenden VHS-Bänder aus dem Jahre 1998 nicht mehr verwendet werden können. Nicht, weil man diese nicht mehr abspielen könnte, aber der Zustand der Leitungen hat sich in diesen Jahren verändert. Es wurden Aus- und Umbauten am Kanalnetz vorgenommen, welche nicht dokumentiert sind. Die Kostenvorschläge auf der Basis der alten Aufnahmen sind immer mit einer gewissen Unsicherheit behaftet und VHS-Bänder haben auch an Qualität verloren und können zum Teil wirklich nicht mehr

abgespielt werden. Die Erneuerung dieser Kanalfernsehaufnahmen bringt folgende Vorteile: Die Informationen sind wieder aktuell, die Investitionen werden zuverlässiger geplant und richtig realisiert, Fehlinvestitionen werden vermieden, genauere Massnahmenplanung durch bessere Bildqualität, die digitalen Informationen werden im Leistungskataster als Datenbank hinterlegt, das heisst direkter Zugriff für alle Nutzergruppen. Zusätzlich muss das Spülprogramm in den nächsten zwei Jahren nicht durchgeführt werden, was Einsparungen in Höhe von CHF 30'000 zur Folge hat und für die nächsten fünf Jahren benötigt es keine neuen Kanalfernsehaufnahmen bei Strassensanierungen.

Alexander Mayor: Die CVP-Fraktion hat diese Vorlage sehr eingehend diskutiert, insbesondere auch den Aspekt, ob es wirklich nötig ist, den gesamte Netzzustand aufzunehmen. Wir sind aber der Argumentation des Gemeinderates gefolgt, die digitale Nachbearbeitung von den alten VHS-Bändern macht keinen Sinn. Es spricht für sich, dass versucht wird, das Gesamtnetz wieder aktuell aufzunehmen, um eine Bestandesaufnahme zu erhalten. So ist eine umfassende Planungsgrundlage gegeben und es werden hoffentlich Überraschungen in Zukunft verhindert und Sanierungen können optimal geplant werden. Die CVP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass dem Antrag zugestimmt werden sollte.

Dieter Martin: Die Erneuerung von Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokoll an öffentlichen Kanalisationsleitungen, so wie sie die der Gemeinderat beantragt, ermöglicht eine klare Priorisierung der Problemzonen und dementsprechend auch einen zielgerichteten Sanierungsmassnahmenplan. Aus diesem Grund erachtet die FDP-Fraktion die beantragten CHF 292'000 als sinnvolle Investition in die Zukunft und unterstützt diesen Antrag einstimmig.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Das Projekt Erneuerung von Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokollen an öffentlichen Kanalisationsleitungen von CHF 292'000, brutto inkl. MWST. Preisstand Januar 2012, wird genehmigt.

Der Antrag wird mit 37 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

9 2012.13 Oberstufenschulzentrum OSOS / Erneuerung der Beleuchtung, Nachtragskredit CHF 90'000

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Hansruedi Hess, Vizeammann: Die Planung für die beleuchtungstechnische und energetisch bessere Beleuchtung im OSOS erweist sich als einiges schwieriger, als der Gemeinderat sich dies vorgestellt hat. Ich möchte nochmals zurückkommen, was ursprünglich die Absicht war. Man möchte eine bessere Beleuchtung in den Gängen im Erdgeschoss und in der Aula und der Energieverbrauch sollte verringert werden. Diese Wünsche und Forderungen waren bereits bekannt, als das OSOS in den 90er Jahren saniert wurde. Ein Teil der Sanierungswünsche

wurde damals aus Kostengründen gestrichen. Aus diesem Grund befindet sich immer noch die ursprüngliche Beleuchtung in den Räumen, die vor 40 Jahren installiert wurde. Seit dem wurden zaghafte Versuche unternommen, im Gangbereich Verbesserungen zu prüfen und umzusetzen. Die Leuchten im Gang wurden durch Energiesparlampen ausgewechselt. Diese benötigen zwar etwas weniger Energie, dafür sind sie beleuchtungstechnisch einiges schlechter als vorher. Auch mit anderen Lampenkörpern konnte kein besseres Ergebnis erzielt werden. Der Gemeinderat hat vor einem Jahr einen Budgetkredit von CHF 35'000 beantragt und die Planungsarbeiten ausgelöst. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt unter dem Präsidium von Walter Baumann. Von dieser Arbeitsgruppe wurde ein Beleuchtungsbüro beauftragt, welche der Arbeitsgruppe Vorschläge unterbreitet hat. Sie verfügen über das nötige Fachwissen. Die gemachten Vorschläge waren die Grundlage für die Diskussionen in der Arbeitsgruppe. Bei den Diskussionen wurde festgestellt, dass viele Unsicherheiten bestehen. Ist diese Beleuchtung wirklich die Richtige, welche sie uns vorschlagen? Ist es diese, die alles erfüllt, was man an Forderungen hat? Was ist an Installationen noch zu erwarten? Gleichzeitig wurde auch ein Ingenieurbüro eingeschaltet, um die Elektroinstallationen zu überprüfen und für die Planung dieser Leuchten braucht es ebenfalls einen Elektroplaner. Die Berichte von diesen Stellen sind ziemlich ernüchternd. Die Installationen sind jetzt 40 Jahre alt. Die Drähte können vermutlich erhalten bleiben, aber die Unterverteilungen sind sehr marode. Man kann an dieses System nichts mehr anhängen. Die Sicherheitsschalter sind veraltet und haben ihre Lebensdauer erreicht. Bei den Leuchten im Schulzimmer besteht das Problem, dass die Decke relativ uneben ist. Aus diesem Grund können nicht übliche Leuchten montiert werden. Das Büro Lichtblick versuchte einen Vorschlag zu machen, welche Leuchten am geeignetsten sind. Das Ziel ist es in den Schulzimmern Energie zu sparen, diese sind momentan überbeleuchtet. Nach den gültigen Normen würden rund 70% der heute bestehenden Leuchten ausreichen. In den Gängen braucht es sicher mehr Energie, da die heutigen Lampen nicht ausreichen, dies ist eindeutig. Eine weitere Möglichkeit um Energie einzusparen, sind noch gewisse Steuerungselemente. Im Bachmattschulhaus gibt es z. B. eine tageslichtabhängige Steuerung. In den heutigen Bauten hat man häufig Präsenzmelder, wenn niemand mehr im Raum ist, geht das Licht automatisch aus. Mit diesen Steuerungselementen lässt sich Strom sparen. Wenn man vor zehn Jahren die Leuchten ausgewechselt hat, um Energie zu sparen, hiess es, in acht Jahren sind sie abgeschrieben. Heute ist dieser Bericht anders, die Leuchten müssen sowieso erneuert werden, dies ist ein Bestandteil des Baus. Die Lebensdauer ist vor allem bei den Vorschaltgeräten und den FL-Leuchten erreicht. Die Beleuchtung im Gang war immer schon schlecht und muss sowieso geändert werden. Diese Kosten können nicht mit Energieeinsparungen amortisiert werden. Heute sagen die Fachleute nur noch, wenn man Steuerungselemente erneuert, ist es möglich, diese in drei Jahren abzuschreiben. Im OSOS fallen Stromkosten von CHF 33'000 pro Jahr an. Wenn man 20% Energie sparen kann, gibt dies keinen grossen Betrag pro Jahr. Man muss sich bewusst sein, das Licht gehört zum Bau, die Installationen auch, diese müssen unterhalten werden. Die Arbeitsgruppe ist der Meinung, dass die Beleuchtung zuerst getestet werden muss. Beim Installieren des Musterzimmers und des Ganges muss geprüft werden, welche Installationen noch nötig sind. Das kann im Voraus nicht gesagt werden und aus diesem Grund ist man auf den Zusatzkredit angewiesen. In diesem Kredit wäre auch noch die Digitalisierung der Pläne enthalten, was nicht unbedingt nötig ist aber für dieses Projekt sicher sehr hilfreich wäre. Die zusätzlichen Planungskosten waren nicht vorgesehen, da es sich bis jetzt nur um einen Budgetkredit handelt, damit eine Planungsvorlage ausgearbeitet werden kann. Der Budgetkredit reicht nicht aus, um die Planungsvorlage auf den Stand zu bringen, dass am Schluss eine Submission durchgeführt werden kann. Für die Kreditvorlage möchte der Gemeinderat als Grundlage eine Submission durchführen, damit die Kostenstruktur klar ist. Wir wären sehr dankbar, wenn diesem Kredit zugestimmt werden könnte.

Christoph Villiger: Die FDP-Fraktion hat sich sehr eingehend mit dieser Vorlage beschäftigt. Für die FDP-Fraktion ist der Handlungsbedarf bezüglich der Optimierung der Beleuchtungsanlage im OSOS unbestritten. Die aufgezeigte Vorgehensweise mittels Installation von Musterräumlichkeiten um die Einsparungen des Energieverbrauchs zu messen, resp. um ein Feedback zu erhalten, was überhaupt benötigt wird, erachtet die FDP als sinnvollen Prozessschritt. Im Vorlagetext war ersichtlich: "Während einer Testphase kann der Energieverbrauch mit einem un-

veränderten Schulzimmer verglichen werden". Der FDP-Fraktion ist nicht ganz klar, wie man diesen Vergleich effektiv machen möchte. In der vorgelegten Vorlage wird vor allem das Aufzeigen von verschiedenen Lösungsvarianten vermisst. Somit erachten wir diese Vorlage als ungenügende Entscheidungsgrundlage. Die Kosten für die Installation der Beleuchtung, inkl. der Leuchtenlieferung, und die Baukosten von rund CHF 1.76 Mio. erachtet die FDP aus der heutigen Sicht als ausserordentlich hoch. Vielleicht tut es auch eine einfachere Variante, die technisch weniger aufwendig ist und somit auch weniger kosten würde. Auf Grund der zu erwarteten hohen Investitionen sowie der Erkenntnis, dass nicht die Schulräume in erster Linie ein Beleuchtungsproblem haben, schlagen wir eine Priorisierung der Beleuchtungserneuerung für die Räume Foyer, Aula und Gänge vor. Gerade die Aula wird sehr umfassend genutzt, einerseits für Elternabende, Schülerkonzerte, Einwohnerratsitzungen usw. Die Konsequenz daraus ist, dass man für die Erneuerung der Beleuchtungsanlagen in den Schulräumen, den Büroräumen und WC-Anlagen bis zur effektiven Klärung des Schulraumbedarfs verzichten würde. Aus diesen vorgenannten Gründen weist die FDP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates zurück und erteilt dem Gemeinderat folgende vier Aufträge: Es soll eine Priorisierung gemacht werden für das Foyer, Aula und Gänge. Bis nach der Klärung des Schulraumbedarfs ist auf die Erneuerung der Beleuchtung in den Schulräumen, Büros und WC-Anlagen zu verzichten. Ausarbeitung einer zweiten Lösungsvariante im Sinne einer zusätzlichen Standardvariante, die kostengünstiger ist. Die Bemusterung der priorisierten Räumlichkeiten soll ebenfalls in beiden Ausführungsvarianten erfolgen. Bei der Ausarbeitung einer entsprechenden Kreditvorlage durch den Gemeinderat sollen alle vorerwähnten Kriterien berücksichtigt werden.

Ursula Haag: Dem Nachtragskredit kann die SVP-Fraktion auch nicht zustimmen, für uns ist in dieser Sache noch einiges unklar. Im Finanzplan sind CHF 700'000 eingeplant und nun soll dieses Projekt total CHF 1.76 Mio. kosten. In der Juni-Sitzung vom letzten Jahr wurde ein Projektierungskredit von CHF 45'000 für den Ersatz der Steuerungsanlage im OSOS bewilligt und dafür ist im Investitionsplan eine Investition von CHF 400'000 eingesetzt. Die SVP ist der Meinung, dass zuerst dieses Projekt umgesetzt werden soll. Die Beleuchtung kann auch in einem späteren Zeitpunkt an dieses System angeschlossen werden. Auch die SVP hat im Hinblick auf die grossen Investitionskosten in den nächsten Jahren das Gefühl, dass das Beleuchtungskonzept im OSOS verschoben werden kann. Wir sind auch nicht der Meinung, dass dafür ein Musterzimmer eingerichtet werden sollte. In der Umgebung gibt es vergleichbare Schulräume, welche diese Sanierung schon durchgeführt haben. Für uns wäre es noch interessant zu wissen, was die Sanierung der Beleuchtung dort gekostet hat. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag zur Bemusterung von einem Schulzimmer und einem Teil des Ganges ab. Der Digitalisierung der bestehenden Pläne kann die SVP zustimmen. Der dafür eingesetzte Betrag von CHF 10'000 muss aber nicht als Nachtragskredit bewilligt werden, da bereits im Budget 2012 ein Betrag von CHF 35'000 eingesetzt wurde.

Michael Weber: Wir von der CVP-Fraktion sind da anderer Meinung. Ich muss vielleicht ein wenig ausholen, dem beantragten Kredit gehen verschiedene Probleme voraus. Das eine ist die Beleuchtung in den Räumen selber, das andere sind die elektrischen Installationen dazu. Die Kosten werden mit CHF 1.76 Mio. geschätzt, davon wird eine Million für den Ersatz der Elektroinstallationen benötigt. Ich glaube, die Problematik wird falsch beurteilt. Die Beleuchtung muss saniert werden, jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt, das kann der Einwohnerrat nicht selber entscheiden. Sobald die Leuchten aussteigen, wird es dunkel und dann wird es schwierig zum Unterrichten. Wenn dies eintritt, dann muss sofort saniert werden. Ich glaube wichtig ist, dass man ein Projekt auf dem Tisch hat, damit man priorisiert entscheiden kann, wann wird was gemacht. Es kann schon eine Priorisierung gemacht werden, aber wenn es in einem Schulzimmer einmal richtig knallt, dann muss sofort gehandelt werden. Die Vorschaltgeräte können jederzeit aussteigen, das bedeutet, dass dieses Schulzimmer nicht mehr gebraucht werden kann, da die Beleuchtung repariert werden muss, zusätzlich wird es in diesem Raum sehr riechen. Wenn man bei so einem Knall wirklich Pech hat, knallt es auch noch in der Elektroverteilung, so dass diese nicht mehr repariert werden kann. Dann stehen wir vor einem Problem, welchem wir jetzt vorgreifen könnten. Das heisst, man könnte jetzt mit einer sauberen Planung das Ganze so aufgleisen und anschliessend sanieren, sofern nicht ein Notfall dazwischen kommt. Der Einwohnerrat hat die Möglichkeit, auf die einzelnen Projekte Ein-

fluss zu nehmen und kann dann sagen, dass man damit nicht einverstanden ist und es können andere Prioritäten gesetzt werden. Die Elektroinstallationen und die Unterverteilungen sind zum Teil in einem sehr schlechten Zustand, das bedeutet, wenn es irgendwo einen Kurzschluss gibt, ist bereits Feierabend. Von diesen 30% Reserven, die es in diesen Verteilungen damals hatte, sind immer noch 30% nicht eingeschaltet, aber nicht, weil man diese nicht benötigen würde, sondern weil sie defekt sind. Also dort kommen wir ziemlich schnell an einen Punkt, wo man sagen muss, jetzt muss gehandelt werden und dann beginnt das Flickwerk. Dann fangen wir an ziemlich viel Geld auszugeben, um etwas zu reparieren, was eigentlich defekt ist und erneuert werden sollte. Ich glaube, wenn man diesem Projektierungskredit zustimmen könnte, dann ist es die Aufgabe, diese Probleme anzuschauen und richtige Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Zum Beleuchtungskonzept generell: es ist leider so, dass Licht ein Empfinden ist, welches jeder Mensch anders auffasst. Der eine findet es zu hell, der andere zu dunkel und dem dritten gefällt die Lichtfarbe nicht, es spielen so viele Aspekte mit. Theoretisch wäre berechenbar, wie viel Licht auf einen Tisch fallen müsste, damit gearbeitet werden kann, in der Praxis sieht es leider anders aus. Die Werte sind in der Praxis aus verschiedenen Gründen anders, und wenn wir ein aussagekräftiges Schulzimmer möchten, muss man es bemustern. Wenn es mit der minimalen Ausrüstung bemustert wird, kann beim Musterzimmer Geld gespart werden, das stimmt. Die Problematik liegt aber darin, wenn ich ein Auto kaufe das alles enthält und sage, die günstigere Version hat das und jenes nicht, dann ist es einfacher zu sagen, das geht nicht. Wenn ich ein Minimum kaufe und sage, das andere könnte noch das und jenes, dann finde ich, das wäre ja gar nicht so schlecht. Dann wird es realisiert und man stellt fest, es ist ein fertiger Seich. Dann hat man aber das Geld in allen anderen Schulzimmern ausgegeben, nur nicht im Musterzimmer. Ich bin sicher, dies ist ganz sicher der falsche Weg. Wir müssen ein Zimmer bemustern, damit man sagen kann, es hat wahrscheinlich Sachen drin, die nicht benötigt werden, wir wissen aber momentan noch nicht welche. Vor allem steuerungstechnisch ist es ganz klar, dass eine Beleuchtung nie zentral gesteuert wird. Das kann zwar gemacht werden, macht aber keinen Sinn. Beim Schulraum ist klar, dass es noch Veränderungen geben wird, aber ich glaube nicht, dass weniger Schulräume benötigt werden. Beim Punkt Nutzung, bin ich der Meinung, dass die Aula sicher viel genutzt wird, aber sicher nicht mehr als die Schulzimmer, sonst läuft etwas falsch in diesem Schulhaus. Wir von der CVP-Fraktion unterstützen den Antrag des Gemeinderates und sind der Meinung, dass es sehr wichtig ist, dass dieses Vorgehen so durchgeführt wird. Wenn man das Vorgehen so realisiert, kann Geld gespart werden, kann die Priorisierung festgelegt werden und wenn es irgendwo knallt, kann man entscheiden, dass es anders realisiert werden soll. Die Unterlagen wären vorhanden und man kann handeln. Sonst kann es sein, dass Feuerwehübungen entstehen könnten. Es hat in der Gemeinde schon ein Schulhaus gegeben, wo man Feuerwehübungen machen musste, ich glaube dieses eine Mal reicht.

Theo Flückiger: Es ist viel Geld, diese 1.76 Mio., aber man muss auch sehen, dass es genau darum, weil es so viel Geld ist, genau der richtige Weg ist, welcher der Gemeinderat vorschlägt. Es wird ja nicht jetzt über die 1.76 Mio. abgestimmt, sondern über die CHF 90'000. Es ist ganz klar, dass dieses Geld nicht einfach so ausgegeben wird, sondern es sind Sachen die so oder so anstehen. Die ganze Digitalisierung müsste sowieso gemacht werden, damit man für künftige Aufgaben planen kann. Wir haben ein Musterzimmer, welches nachher bereits ausgerüstet ist, das ist nicht einfach ausgegebenes Geld, sondern die Beleuchtung bleibt dort bestehen. Dies ist eine Vorinvestition, welche uns aber grossen Aufschluss geben wird. Die Ausschreibung muss so oder so gemacht werden, es ist auch dort einfach vorgezogen und sind somit Kosten, welche sich problemlos rechtfertigen lassen. Wie es der Gemeinderat vorschlägt, können die Abklärungen sauber gemacht werden und es ist nachher ersichtlich, ob es umsetzbar ist oder nicht. Wir sind der Meinung, weil es nachher um viel Geld geht, dass dies der richtige Weg ist. Die Fraktion SP/Grüne stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Brigitte Schmid: Seit meiner Zeit in der Schulpflege weiss ich, dass eine neue Beleuchtung im Eingangsbereich des OSOS immer ein Thema war. Wir haben jetzt eine Vorlage vor uns, die vorsieht, die ganze Beleuchtung im OSOS zu erneuern und dies obwohl in den Schulzimmern genügend Licht vorhanden wäre. So gesehen, müsste man eigentlich fragen, wieso dies nötig ist. Die Schule priorisiert klar das EG. Ich habe mich bei Fachpersonen erkundigt, wie lange

ein Stromnetz hält. Die Aussagen von diesen Elektrikern waren, dass eine Stromversorgung nach 40-45 Jahren gewechselt werden muss. Ich weiss nicht, ob das die Hauseigentümer auch wissen, dass man nach einer bestimmten Zeit die Beleuchtung erneuern muss. Vor der Sitzung wurde bei der EVP-Fraktion festgestellt, dass es vor allem in den Gängen relativ düstere Wände hat. Warum plant man nicht auch noch, dass die Wände heller gestaltet werden? Angesichts dieser Gedanken, würde die EVP-Fraktion dem Nachtragskredit zustimmen, aber mit der Erwartung, dass ganz klar das Erdgeschoss priorisiert wird. Die Räume im Obergeschoss sollten, wenn möglich, etappiert werden.

Hansruedi Hess, Vizeammann: Ich versuche zu den einzelnen Fragen eine Antwort zu geben. Der Verbrauchsvergleich darf nicht überschätzt werden, aber er ist auch relativ einfach zu machen. Bei der Einspeisung des Stroms wird ein Zähler eingesetzt und das gleiche wird in einem ähnlich gelagerten Schulzimmer gemacht. Die Schulleitung hat dem Gemeinderat zugesichert, dass es möglich ist, dass beide Räume gleich belegt werden, damit keine grossen Differenzen entstehen. Der Verbrauch ist abhängig davon, wie viel Unterricht in einem Zimmer gegeben wird. Der Vergleichszeitpunkt wurde auf den September festgelegt, da dann die Tage und Nächte in etwa gleich lang sind. Die Messungen können anschliessend auf die 38 Zimmer hochgerechnet werden. Somit erhält man einen Anhaltspunkt, wie viel Energie eingespart werden könnte. Dies ist aber wirklich nur ein Teilaspekt. Wieso werden nicht die dunklen Wände gestrichen? Es ist einerseits eine Kostenfrage, da der Nadelfilz in den Schulzimmern, nicht einfach überstrichen werden kann. Wenn diese abgerissen werden, entstehen sehr hohe Kosten, weil neue Gipswände gemacht werden müssen. In der Aula hat es graue Betonsteine, diese kann man auch nicht einfach überstrichen, da diese sehr porös sind, zusätzlich dienen diese der guten Akustik. Auch die Teppiche an den Wänden in den Schulzimmern sind für die Akustik, die Lehrer finden es sehr angenehm in den Schulzimmern, da es nicht hallt. Wenn man die Teppiche sowie die Wände erneuern würde, wäre dann vermutlich die Akustik das Problem. Es ist selbstverständlich, dass verschiedene Varianten vorgeschlagen werden. Die Frage ist nur, wann ist dies? Bereits im Planungskredit oder erst im Baukredit? Zu den Gesamtkosten: Diese dürfen auch nicht überbewerten werden, es ist sicher nicht ein Projekt, das innerhalb von zwei Jahren realisiert werden kann. Ich glaube, Michael Weber als derzeitiger Hauselektriker im OSOS, hat aufgezeigt, was alles passieren kann und auf was man sich vorbereiten muss. Es benötigt Konzepte, Priorisierungen und Etappierungen, damit ersichtlich ist, wann was gemacht werden soll. Das Problem ist nur, dass auf einmal ziemlich viel kommt, wenn damit begonnen wird. Die Verteilung kommt am Anfang und erst am Schluss die Leuchten. Es bringt einfach nicht viel, wenn man die Leuchten auswechselt, aber die alten Sicherheitsschalter bestehen bleiben. Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat sicher Varianten unterbreiten, auch dort ist es möglich, noch Stellung zu nehmen, ob die Schulzimmer gemacht werden sollen oder nicht. Dies kann auf fundierten Grundlagen besser entschieden werden, als wenn dies heute gemacht wird.

Patrick Hehli: Dass Bauen Geld kostet und dass die Beleuchtung ersetzt werden muss, das ist bekannt. Aber was mir nicht klar ist, ist dieses Musterzimmer, dafür sollen alleine CHF 48'000 investiert werden. Es ist wunderbar, wie viele Optimisten in diesem Raum sitzen. Noch niemand hat sich gefragt, was passiert, wenn das Musterzimmer nicht zufriedenstellend ist. Dann bleibt es nämlich nicht bestehen und das Geld wurde in den Sand gesetzt. Ich glaube, der eine oder andere in diesem Raum hat schon ein Haus gebaut, und ich glaube keiner hat zu Hause ein Musterzimmer eingerichtet, um zu sagen, das ist eine super Beleuchtung, die gefällt mir. Sondern man hat sich auf die Spezialisten verlassen. Gleichzeitig konnte der Vorlage entnommen werden, dass unser Schulhaus eines der letzten aus dieser Zeitepoche ist, welches noch umgebaut werden sollte. Somit könnten auch Ratschläge oder Erfahrungswerte eingeholt werden bei den umliegenden Schulen in der Region. Sonst macht der Gemeinderat auch immer Vorschläge oder zeigt Varianten auf von anderen Gemeinden, warum wurde dies jetzt nicht gemacht. Die Digitalisierung und alles andere erachte ich als sinnvoll. Mir leuchtet nur nicht ein, wieso man CHF 48'000 ausgeben soll für ein Musterzimmer. Ich werde dem Antrag des Gemeinderates nicht zustimmen können.

Hansruedi Hess, Vizeammann: Wieso es gut wäre, ein solches Musterzimmer einzurichten hat Michael Weber bereits angetönt. Patrick, dass Du in deinem Haus kein Musterzimmer machst, um die vier oder fünf übrigen Räume besser ausrüsten zu können, ist begreiflich. Aber in diesem Fall geht es um 40 Klassenzimmer. Es kann schon eine bestimmte Beleuchtung beschlossen werden, danach werden diese 40 Klassenzimmer eingerichtet und dann wird festgestellt, dass es nicht das ist, was man wollte. Dann macht man doch lieber ein Zimmer, es ist ein bisschen ein grösserer Aufwand, das stimmt, aber anschliessend kann am bestehenden Objekt beurteilt werden. Wir haben sehr intensiv nach einem Objekt gesucht, wo man die Beleuchtung anschauen könnte. Die Beleuchtungsspezialisten machen ja nicht nur das Schulhaus in Obersiggenthal und trotzdem haben wir nie Objekte genannt bekommen, weil es keine vergleichbaren Objekte gibt. Die Struktur von den Wänden und den Decken ist anders als bei den übrigen Objekten. Ich vertraue den Beleuchtungsspezialisten, dass es am besten ist, anhand von einem Musterzimmer zu schauen, wie die Beleuchtung wirkt. Es kostet etwas, aber ich bin überzeugt, dass die Lampen im Musterzimmer nicht wieder entfernt werden müssen. Das Musterzimmer bleibt so bestehen, egal für welche Variante sich der Einwohnerrat am Schluss entscheidet. Das einzige was eventuell entfernt werden könnte, wären die Bewegungsmelder, diese kosten aber kein Vermögen.

Michael Weber: Ich muss vielleicht technisch noch kurz ausholen. CHF 32'400 kostet nach Antrag des Gemeinderates dieses Schulzimmer. Wie gesagt, das Schulzimmer enthält nicht nur die Leuchten, sondern auch die Steuerung dazu. Dort gibt es verschiedene Varianten und ich bin immer noch der Meinung, dass man diejenige Variante wählen sollte für das Musterzimmer, welche alle Möglichkeiten enthält. Wenn man es nicht macht, wird man es später bereuen. Der zweite Punkt ist, dass die Installationen auch ergänzt werden müssen, egal ob das Musterzimmer entsteht oder nicht. In diesem Moment, wo man die Leuchten wechseln möchte, muss die Elektronik auch gewechselt werden. Wieso gibt es keine Vergleichsobjekte? Es gibt Vergleichsobjekte, es ist einfach so, dass die Beleuchtungstechnik eines dieser Gebiete ist, das sehr heikel ist, da nicht alle das gleiche Empfinden haben. Die Problematik an den Vergleichsobjekten liegt daran, dass man diesen Seich sicher nicht machen sollte. Ich habe noch kein Vergleichsobjekt gefunden, wo ich sagen konnte, ja genau das ist es. Die Beleuchtungstechnik ist ein Teil der Architektur und wir können nicht einfach einen Teil dieser Architektur herausnehmen und in einem anderen Schulhaus einpflanzen. Ich als Benutzer muss mich dann fragen, wieso kann man in einem solchen Korridor solche Einbauleuchten einsetzen, bei solchen Wänden und diesen Decken? Für mich unverständlich, aber das ist Architektur. Wir müssen uns aber mit der Beleuchtungserneuerung dieser Architektur befassen, wir haben keine andere Möglichkeit. Der eine Aspekt ist das Licht, der andere Aspekt ist der Unterhalt und der dritte sind die Schüler. Der Aspekt Schüler dürfen wir nicht ausser Acht lassen, sonst müssen wir die Beleuchtungen andauernd reparieren. Die Einbauleuchten haben einen grossen Vorteil, sie werden nicht zerstört. Der Aspekt vom Geldausgeben für etwas, das nicht benötigt wird, ich bin der Meinung, die Schulzimmer werden nicht so viel kosten, wie das Musterzimmer. Das Musterzimmer enthält Sachen, die eher nicht gebraucht werden. Damit dies aber auch belegt werden kann, benötigt es ein Musterzimmer mit allen Komponenten. Wir stimmen dem Kredit immer noch zu. Ich bitte meine Ratskolleginnen und -kollegen mir zu glauben, nicht mir als Fachmann, sondern einerseits als Steuerzahler und andererseits als einer, der das Geld vernünftig ausgeben möchte. Wenn wir diesen Kredit bewilligen, können wir etappieren und wissen genau, was wieviel kostet. Wenn der Kredit abgelehnt wird, wissen wir es nicht.

Christoph Villiger: Mir scheint es wichtig zu sein, dass es im Antrag, den wir von der FDP stellen, überhaupt nicht darum geht, das Beleuchtungskonzept abzulehnen. Grundsätzlich stehen wir diesem Konzept sehr positiv entgegen, da wir den Bedarf sehen. Was wir mit diesem Antrag erreichen möchten, wäre eine optimale Grundlage zu schaffen für eine Entscheidungsfindung und dies erhält der Einwohnerrat, wenn er zwei Lösungsvarianten zur Auswahl hat für die Entscheidung. Stellt Euch vor, Ihr möchtet einen Mercedes kaufen und fahrt schon das ganze Leben einen Mercedes, dann hättet Ihr nie die Gelegenheit einen VW Golf zu fahren. Ihr wisst nicht wie der VW Golf ist, vielleicht hätte er es auch getan. So hätten wir die Auswahl und können dann immer noch zum Schluss kommen, dass der Mercedes besser ist. Mit unserem

Antrag möchten wir auch bezwecken, dass der zukünftige Schulraumbedarf zuerst abgeklärt wird. Es geht hier schlussendlich um Investitionen von CHF 1.76 Mio. und aus diesem Grund möchte die FDP eine saubere Entscheidungsgrundlage, auch für die finanzielle Entwicklung unserer Gemeinde. Aus diesen Gründen bin ich überzeugt, dass mit dem Antrag der FDP bedürfnisgerechtere Lösungen gefunden werden können.

Monika Möllerke: Als ich die Vorlage von der Gemeinde erhalten habe, war ich sehr froh und erleichtert. Ich bin vermutlich die einzige in diesem Raum, welche tagtäglich im OSOS ist, auch an den Wochenenden, ich lebe fast in diesem Schulhaus. Ich muss sagen, es ist das richtige um Geld zu sparen, wenn dieses Musterzimmer eingerichtet wird. Ich habe mit den Schülerinnen und Schülern über die bestehende Beleuchtung gesprochen und Sie empfinden den Eingang des Schulhauses als sehr bedrohlich, und dies bezieht sich nicht auf die Lehrpersonen sondern auf die Dunkelheit im Foyer. Die einen finden dies vielleicht als kuschelig, aber es ist deprimierend für die Jugendlichen, wenn Sie in so ein Schulhaus müssen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Josef Sieber: Langsam wiederholen wir uns. Ich bin überzeugt von dieser Vorlage, wir müssen Sie annehmen. Zwei Punkte, die aber heute Abend erwähnt wurden, dürfen wir nicht vergessen. Dass die Beleuchtung in den Schulzimmern eigentlich gut ist und ich wäre froh, wenn der Gemeinderat während der Evaluation dieses Projekts wirklich überlegt, ob eine Etappierung möglich wäre. Ein weiterer Punkt, der für mich zu schnell vom Tisch war, kann wirklich nichts gemacht werden an den Wänden oder den Decken? Für mich gesehen, wäre dies das Erste und günstigste, das man ändern könnte.

Hansruedi Hess, Vizeammann: Ich möchte einfach nochmals appellieren, dass der Rückweisungsantrag eigentlich nichts bringt. Der Gemeinderat macht nichts anderes, als diesen Antrag nochmals vor den Einwohnerrat zu bringen. Mit dem Geld, das Sie bewilligen, wird alles das erfüllt, was gefordert wurde, mit Ausnahme des Musterzimmers.

Michael Weber: Ich möchte nur sagen, wenn wir den Antrag der FDP annehmen, brauchen wir eigentlich mehr Geld, denn Sie möchten ja beide Zimmer. Sie wollen den VW und den Mercedes, weil man kann, wenn man Mercedes gefahren ist, sich sicher vorstellen wie ein VW fährt. Aber wenn man nur VW fährt, weiss man nicht, wie schön es ist in einem Mercedes.

Dieter Martin: Ich bin nicht ganz gleicher Meinung wie Hansruedi Hess, wir sprechen nicht von einem Musterzimmer in einem Schulzimmer, wir sprechen von einer Bemusterung wo Prioritäten sind, Gang, Foyer und Aula. Ich bin auch der Meinung, dass das Argument, dass man verschiedene Varianten bietet, nicht aus der Vorlage hervorgeht. Man hat vorgesehen, separat konstruktive Beleuchtungskörper an der Decke zu montieren und dies erlaubt nicht einen Vergleich mit einer Beleuchtung ab der Stange, wie man es auch noch ausprobieren könnte. Ich unterstütze das Votum von Josef Sieber, ich bin auch der Meinung, dass mit einem weissen Anstrich der Wände und Decken, schon viel zu erreichen wäre. Ich bin der Meinung, dass dem Antrag der FDP Folge geleistet werden sollte. Wir konzentrieren uns einerseits auf die Kosten und andererseits auf die wesentlichen Beleuchtungsprobleme, welche im OSOS bestehen.

Felix Frischknecht: Die SP/Grüne-Fraktion hat das Geschäft auch besprochen und ich finde es lustig, wenn bei der Grundsatzdiskussion eigentlich fast alle dafür sind, weil es in den Schulzimmern zu dunkel sei. Anscheinend geht es ja aber gar nicht um die Schulzimmer. Es ist ein wesentlicher Punkt, den Herr Sieber angesprochen hat. Ich möchte einfach klare Antworten und diese erleichtern vieles. Wenn ich nur die Unterlagen anschau und die Offerte betrachte, dann ist es für mich als Laie nicht akzeptabel, was in den Offerten steht. Diese enthalten nicht alles und eine Steuerung kann auch der Lichtschalter sein. Die Steuerung sagt nicht aus, was für ein Typ genommen wird und ob diese in zehn Jahren auch noch existiert. Wir finden es gut, dass ein Musterzimmer eingerichtet wird und dass Energie gespart werden soll, aber wo setzt man den Hebel an, es geht ja vor allem um die Gänge in diesem Schulhaus. Aber der Bedarf ist da und wir befürworten es eigentlich auch.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

—
Bettina Lutz Güttler: Wir werden zuerst über den Rückweisungsantrag der FDP abstimmen und anschliessend über den gemeinderätlichen Antrag.

—
Abstimmung

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag um Rückweisung.

Der Antrag wird mit 16 Ja- zu 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

—
Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Für die Bemusterung eines Schulzimmers und einen Teil des Korridors, die Digitalisierung der bestehenden Pläne und die zusätzliche Ausschreibungsphase wird ein Nachtragskredit von CHF 90'000 bewilligt.

Der Antrag wird mit 21 Ja- zu 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

10 2012.14 Hallen- und Gartenbad: Sanierung 5. Etappe/ Sanierung Wohnung, Kredit von CHF 225'000

Eintreten wird nicht bestritten.

—
Franziska Grab, Gemeinderätin: Wir befinden heute Abend zum zweiten Mal über die Schwimmbadwohnungssanierung. Wie ihr sicher festgestellt habt, hat sich die Vorlage nicht wesentlich geändert. Es kam noch ein Bericht vom Hauseigentümerverband betreffend Vermietbarkeit dazu. Durch einen Hinweis eines Mitgliedes des Einwohnerrates hat der Gemeinderat festgestellt, dass die Kosten in den Fraktionen nicht richtig zugeordnet werden konnten, so wie sie in den Unterlagen aufgeführt wurden. Ich möchte mich entschuldigen, dass der Gemeinderat die Kosten nicht separat ausgewiesen hat, welche durch den Wasserschaden entstanden sind. Wenn man die Wohnung nicht grundlegend sanieren würde, hätten wir trotzdem Kosten, welche durch den Wasserschaden behoben werden müssten. Unter anderem sind dies die Überprüfung und die Anpassung der Installationen von CHF 15'000, Demontage und Montage der Heizkörper von CHF 5'000, Überprüfung der Lüftung von CHF 2'000, Gipsarbeiten von CHF 15'000, Bodenbelege Rückbau und Ersatz von CHF 20'000, Malerarbeiten mit CHF 10'000, Austrocknung des Unterbodens von CHF 5'000, Baureinigung mit CHF 2'000 und der Bauleitungsanteil mit CHF 13'000, was eine Summe von CHF 87'300 ergibt. Diese Kosten fallen an um den Wasserschaden in dieser Wohnung zu beheben. Wir können momentan noch nicht sagen, wie viel die Versicherung an den Wasserschaden zahlen wird, da das Wasser über Jahre via Dach in die Wohnung lief. Somit haben wir noch einen Restbetrag von CHF 137'700 den wir eigentlich für die Sanierung dieser 40-jährigen Wohnung einsetzen könnten. Für die Kücheneinrichtung ist CHF 25'000 eingerechnet, Sanitäranschlüsse in der Kü-

che mit CHF 3'000, Rückbau der Fenster und Ersatz mit CHF 40'000, sowie der Rückbau Sonnenschutz und Ersatz von CHF 10'000, Schreinerarbeiten CHF 5'000 und Waschmaschine/Tumbler mit CHF 6'000 und die restlichen Bauleiteranteile mit CHF 21'700. Dazu zu sagen ist, dass die Schreinerarbeiten nötig sind, da die Demontage der Türe erfolgen muss, weil im Schwimmbad eine neue Lüftung installiert wird. Es kommen viel dickere Rohre durch den Installationsschacht. Aus diesem Grund muss der Durchgang geschlossen werden. Früher stand dort eine Waschmaschine und ein Tumbler, dieser Gang steht in der neu sanierten Wohnung nicht mehr zur Verfügung. Aus diesem Grund entsteht aus dem kleinen Gäste-WC ein grösserer Raum, damit auch die Waschmaschine/Tumbler Platz haben. Wenn man eine 40-jährige Wohnung hat mit einem so massiven Wasserschaden, dann ist es nicht sinnvoll, nur den Wasserschaden zu beheben und die alten Installationen bleiben bestehen. Es wäre komisch, wenn man in einer neu sanierten Wohnung noch alte Installationen vorfinden würde. Es wurde in den letzten 40 Jahren verpasst, etwas an dieser Wohnung zu sanieren. Es wurde 40 Jahre zugewartet und dies ist schade, aber ich bitte Sie, dieser Vorlage heute Abend zuzustimmen, damit wir die Wohnung instand setzen können. Ich denke nicht, dass man mit CHF 137'000 eine luxuriöse Sanierung veranlassen kann, sondern es wird eine zeitgemässe Standardsanierung geben.

Patrick Hehli: Wie Sie es aus der Presse entnehmen konnten, hat sich die SVP sehr schwer getan mit dieser Vorlage. Bereits an der Dezembersitzung wurde die Vorlage zurückgewiesen mit dem Hinweis, dass der Informationsgehalt dieser Vorlage schlecht bis sehr schlecht ist. Wir von der SVP, wie auch die FDP, haben dem Gemeinderat gewisse Aufträge gegeben. Jetzt wo die neue Vorlage zugestellt wurde, war dies sehr ernüchternd gewesen. Wenn man von Erneuerungen sprechen kann, dann sind dies sehr wenige Erneuerungen gewesen. Uns wurde zu 90% die gleiche Vorlage nochmals vorgelegt, einfach mit den Ergänzungen der Renditeberechnung, resp. mit dem Bericht des Hauseigentümerverbandes. Der Betrag in der Vorlage für eine Wohnungssanierung von CHF 225'000 erachten wir als viel zu teuer und deshalb wollte die SVP anfänglich einen Antrag stellen für ein Kostendach von CHF 150'000, was für eine Sanierung auch etwa im normalen Rahmen liegen würde für eine 4.5-Zimmer-Wohnung. Als ich dann die Vorlage vorbereitet hatte und einen Gang in die Aktenaufgabe machte und Telefongespräche mit Spezialisten geführt hatte, ist mir bewusst worden, dass man von diesen CHF 225'000 gegen die CHF 90'000 abziehen kann, weil die durch den Wasserschaden entstanden sind. Rechnet man diese Summe ab, dann kommt man auf einen Betrag von rund CHF 140'000. Auch hier bin ich der Meinung, wie Franziska Grab, für eine 40 Jahre alte Wohnung ist dies absolut nicht zu viel. Auch habe ich aus der Vorlage entnommen, dass eine Küche für CHF 25'000 eher im unteren Segment und somit nicht überrissen ist. Wenn man etwas bemängeln möchte in dieser Vorlage, dann sind es vielleicht CHF 180/m² für neue Böden. Viel mehr hat mich verärgert, dass der Gemeinderat überhaupt nichts gelernt hat aus den letzten Jahren. Immer und immer wieder waren die Vorlagen zuwenig detailliert aufgegliedert. Wenn man dies von Anfang an so deklariert hätte, wie man es heute gemacht hat, dann wäre dieses Geschäft auch im Dezember schon bewilligt worden. Es kann einfach nicht sein, dass nach den Fraktionssitzungen noch Rundmails verschickt werden müssen mit weiteren Informationen. Der Einwohnerrat muss vor den Fraktionssitzungen so detailliert informiert werden mit den Vorlagen, dass in den Sitzungen eine fundierte Meinung gebildet werden kann. Wir bitten den Gemeinderat in Zukunft, die Vorlagen so zu gestalten, dass auch für Nichtbaufachmänner ersichtlich ist, was gemeint ist. Erst wenn man die Offerte der Bauleitung genauer auseinander genommen hat, ist man darauf gestossen, dass noch ein grosser Teil mit dem Wasserschaden zusammenhängt, allenfalls sogar ein Betrag von der Versicherung zurückkommt. Das Einzige, was wir nach wie vor bezweifeln, ist die Beurteilung des Hauseigentümerverbandes, CHF 2'500 für eine 4.5-Zimmer-Wohnung ist sicher zu hoch. Da muss ich dem Gemeinderat ein Kränzlein widmen, die haben doch gemerkt, dass dies etwas zu hoch ist. Ich bin immer noch der Meinung, dass auch CHF 2'000 Mietzins zu viel ist. Wenn jemand diesen Mietzins zahlen kann, dann sucht er sicher nicht diese Wohnung aus. Im Winter ist dies sicher kein Problem, dann ist es schön ruhig. Aber in der Sommersaison ist mit grossen Immissionen zu rechnen. Aus diesem Grund bezweifle ich, dass diese Wohnung für diesen Betrag exkl. Nebenkosten vermietet werden kann. Die SVP stimmt der Vorlage zu, da wir der Meinung sind, wie es jetzt auf-

geteilt ist, ist es sicher nicht mehr zu viel Geld und bitten den Einwohnerrat, dieses Mal der Vorlage zuzustimmen.

Ferdinand Senn: Die CVP-Fraktion hat über die Sanierung der Schwimmbadwohnung intensiv diskutiert. Aus der Sicht der CVP gibt es zwei Möglichkeiten entweder man lässt die Wohnung wie sie ist und saniert sie nicht, oder man saniert die 40-jährige Wohnung und ersetzt gleichzeitig die Küche sowie die Fenster etc. Die Kosten für die Sanierung der Wasserschäden, welche in der Wohnung entstanden sind, betragen CHF 90'000. Für die Küche sind CHF 30'000 budgetiert inkl. den Anschlüssen, die es benötigt. Für die Sanierung der Fenster, die sicher auch sinnvoll ist, weitere CHF 40'000. Aus Sicht der CVP beinhaltet der Vorschlag keinen Luxus. Noch nicht bekannt sind die Versicherungsleistungen für den Wasserschaden. Aus diesem Grund kann man davon ausgehen, dass der Kredit von CHF 225'000 wahrscheinlich unterschritten wird. Die CVP-Fraktion hat sich mehrheitlich für die Sanierung der Wohnung entschieden und unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Peter Frey: Der Bau kommt noch aus dieser Zeit, als man Billigbetonbauten gemacht hat. Aus diesem Grund ist das Wasser Jahre lang an den Wänden herunter gelaufen und dadurch erklären wir uns die teuren Wassersanierungskosten. Die EVP-Fraktion war froh über die Erklärungen des Gemeinderates und hat den Eindruck, dass die Rendite etwas besser aussieht als in der ersten Vorlage. Für die EVP-Fraktion ist es keine Frage, dass diese Wohnung saniert werden muss, auch weil die anderen Varianten risikohafter sind als die Variante, dass die Wohnung wieder vermietet wird. Es würde kaum jemand verstehen, wenn man dort einfach einen Lagerraum machen würde. Wenn man sieht, wie wenige Leerwohnungen es in Nussbaumen überhaupt gibt. Wir hatten auch den Eindruck, dass das Sanierungskonzept keinen Luxus beinhaltet und die nötigen Anpassungen entsprechen den heutigen Baustandards für Wohnungen. Die EVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Theo Flückiger: Für die Fraktion SP/Grüne hat ganz klar die Priorität, dass man die Wohnung saniert. Der heutige Zustand ist ganz klar nicht tragbar. Wenn man die Lebensdauertabelle anschaut, sieht man, dass viele Bauteile schon zum zweiten Mal abgeschrieben sind. Es gibt also einiges, das man schon längst ersetzen müsste, aus diesem Grund ist die Investition gerechtfertigt. Auch der Kostenvoranschlag ist klar nachvollziehbar und sauber zusammengestellt. Somit kann man dieser Vorlage problemlos zustimmen.

Stefan Semela: Für die Sanierung der Wohnung hat die FDP-Fraktion nach eingehender Prüfung Stimmenthaltung beschlossen. Das einzig Neue war die Schätzung des Hauseigentümerverbandes mit einem angeblichen Mietwert von CHF 2'500, das ist ganz sicher illusorisch. Ich weiss nicht, wer so eine Schätzung macht, vor allem weil die Lage dieser Wohnung sehr speziell ist. Wesentliche Faktoren wurden nicht berücksichtigt, es ist eine theoretische Mietwertberechnung und wir sehen die allg. rentable Vermietbarkeit der Abwartswohnung als nicht gewährleistet. Die FDP-Fraktion kann aus diesem Grund nicht hinter diesem Entscheid stehen.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Für die Sanierung der Wohnung im Hallen- und Gartenbad wird ein Kredit von CHF 225'000 bewilligt.

Der Antrag wird mit 26 Ja- zu 2 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

11 2010.23 Legislaturziele des Gemeinderates/Information des Gemeinderates

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler: Die Legislaturziele des Gemeinderates werden seitenweise durchgegangen.

Peter Marten: Beim Punkt allg. Verwaltung heisst es, Obersiggenthal verfügt über einen kundenfreundlichen, kompetenten und effizienten Dienstleistungsbetrieb in allen Verwaltungsabteilungen, dies möchte man an den Indikatoren Benchmarking und Rating messen. Damit man das vergleichen kann, was für ein Benchmarking wurde vor Angriff dieses Projekts gemacht? Was sind das für Ratings, die man als Vergleich heranziehen möchte?

Max Läng, Gemeindeammann: Das sind zwei Sachen, die getrennt werden müssen. Es gibt ja die bekannten Ratings von Banken, dort wird angesprochen, wie man positioniert ist. Das andere, das aufgeführt ist, ist die Überprüfung und Optimierung des Gemeindehauses, dort sind Planungen enthalten. In den letzten Jahren gab es Veränderungen in der Verwaltung, gewisse Abteilungen benötigen mehr Platz. Das heisst es würde räumliche Veränderungen geben und es kann sein, dass einzelne Abteilungen die Büros wechseln müssten. Dieser Prozess ist jetzt im Gange zusammen mit einem Architekten.

Noch etwas zum Benchmarking: Die Gemeinde Obersiggenthal hat vor Jahren auf verschiedenen Gebieten ein Benchmarking durchgeführt, z. B. bei der Einwohnerkontrolle wurde die Kundenzufriedenheit am Telefon getestet, bei der Abteilung Steuern sowie bei der Abteilung Finanzen wurde auch jeweils ein Thema geprüft. Es muss noch zusammen mit einer Fachstelle beim Kanton geprüft werden, welche Benchmarkings durchgeführt werden.

Peter Marten: Wenn die Effizienz gemessen werden möchte, muss ja zuerst der IST-Zustand angeschaut werden, anschliessend wird die Änderung vorgenommen und zuletzt wird es nochmals überprüft, ob eine Effizienzsteigerung stattgefunden hat.

Marion Möllerke: Ich habe noch einen kleinen Fehler entdeckt beim Thema Förderung der Anliegen der Jugend. Es heisst "Schülerparlament durch Schulsozialarbeit im OSOS", dies ist nicht so. Das Schülerparlament wird von der Lehrerschaft begleitet, ich bin die Präsidentin von dieser Begleitgruppe. Ich bitte, dass dies so vermerkt wird.

Michael Weber: Da lese ich, Projekt Senioren an der Schule seitens Schule kein Bedarf - wird wohl eingestellt, obwohl wir zwölf interessierte Senioren hatten. Gehe ich richtig in der Annahme, dass dieses Projekt gestorben ist?

Marie-Louise Nussbaumer: Aus der Arbeitsgruppe ist von den Senioren niemand eingetreten in dieses Projekt. Es gibt es im ganz kleinen Rahmen in der Oberstufe. Man kann das Projekt wieder aufnehmen, aber dafür braucht es Lehrer und Lehrerinnen, welche einen Bedarf anmelden.

Marion Möllerke: Es ist nicht nur in meiner Klasse jemand, es kommt noch ein Senior in die Kochschule und es hat noch kleinere Projekte, die am laufen sind. Es ist nicht gestorben, es ist einfach noch nicht angelaufen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Zwischenstand der Legislaturziele 2010 - 2013, Zwischenstand Februar 2012.

Der Antrag wird mit 37 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

12 2011.44 Postulat Peter Marten, FDP, Einflussnahme Streckenführung neuer Baldeggtunnel / Beantwortung

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten: Das klare Bekenntnis des Gemeinderates, alles für eine Untertunnelung im Gebiet Siggenthaler Feld und Kirchdorf zu machen, hat mich gefreut. Ebenfalls gefreut hat mich die Aussage, dass man sich dafür einsetzen möchte, für die Untertunnelung der Zu- und Abfahrten bei diesem Tunnelausgang. Ich habe klar die Erwartung, dass der Gemeinderat diese Position konsequent vertritt. Obersiggenthal muss und sollte eine eigenständige Position zum Projekt Baldeggtunnel vertreten. Diese Position sollte man auch immer wieder in der Region und beim Kanton aktiv kommunizieren. Ich bin persönlich der Meinung, dass die Gemeinde auf ein hörbares Signal des Gemeinderates gewartet hat. Hilfe von den umliegenden Gemeinden und Regionen erwarte ich keine. Die Regionen Baden, Brugg, das untere Aaretal und Untersiggenthal möchten aus verschiedenen Gründen diesen Tunnel. Ob dieser Tunnel kommt oder nicht, kann man im Moment noch nicht sagen, das Investitionsvolumen, das sich zwischen CHF 750 Mio. und 1 Mia. bewegt, wird auch im Aargau nicht ganz einfach umzusetzen sein. Ich glaube nicht, dass sich dieser Tunnel vermeiden lässt, weil der Einfluss der anderen Regionen sehr gross ist. Unvermeidbar ist aber, dass der Kanton und die umliegenden Gemeinden merken, dass die Gemeinde Obersiggenthal, falls der Tunnel kommt, eine maximale Schonung von unserem Naherholungsgebiet kombiniert mit minimalen Immissionen wünscht. Dass dies aus Obersiggenthaler Sicht nicht verhandelbar ist. Hier müssen wir uns nicht wie brave Sonntagsschüler verhalten, sondern direkt, klar, konsequent und konstant Einfluss nehmen. Ich lege hier keinen Wert auf einen Fairnesspreis. Am 27. März 2012 hat in Windisch eine Informationsveranstaltung zur Südwestumfahrung Brugg, stattgefunden. Bei den Ausführungen zum Richtplan des Kantons Aargau, hat man unter anderem die geplanten Massnahmen im Raum Brugg/Windisch und der Baldeggtunnel aufgeführt. Auf diesem Plan ist das Gebiet Feld nicht in der untertunnelten Variante aufgeführt gewesen. Scheinbar wissen auch nicht alle kantonalen Stellen den aktuellen Stand der Dinge und aus diesem Grund schadet es gar nicht, wenn man es Ihnen immer wieder sagt. Noch eine Bemerkung zu den sogenannten Vorteilen für Obersiggenthal. Eine schnellere Anbindung an die Autobahn A1 soll aus meiner Sicht, nicht mit einer gesunkenen Lebensqualität im Raum Kirchdorf erkaufte werden. Ich habe hier eine klar andere Auffassung und hoffe, dass nicht nur ich diese habe. Alles in allem bin ich mit der Beantwortung zufrieden, ich hoffe aber, dass der Gemeinderat den Dauerauftrag zur Einflussnahme bezüglich Streckenführung ausführt und den Einwohnerrat sowie die Bevölkerung periodisch über den Stand informiert.

Bettina Lutz Güttler: Stellt jemand den Antrag auf Diskussion?

Ueli Zulauf: Ich stelle den Antrag, dass die Diskussion stattfinden kann.

Beschlussfassung über die Diskussion.

Die Diskussion wird mit 19 Ja- zu 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **beschlossen**.

Ueli Zulauf: Die Fraktion SP/Grüne ist eigentlich der gleichen Meinung wie Peter Marten, aber ich verstehe die Konsequenz, die er aus dieser Haltung zieht, nicht. Der Gemeinderat sagt nämlich klipp und klar, wir wehren uns nicht gegen den Baldeggtunnel, ergo wir sind dafür. Wir wollen nur, dass er überdeckt wird. Das ist eigentlich ein Widerspruch zu der Haltung, welche Du postuliert hast. Wenn man Deine Haltung einnimmt, welche Du im Namen der Fraktion vertrittst, dann müssen wir klar sagen, wir sind gegen den Tunnel und dann muss man sich mit allen Mitteln dagegen wehren.

Erinnern wir uns doch an ein anderes Strassenprojekt, das uns über Jahre beschäftigt hat, es betrifft die Obersiggenthaler Brücke. Wie hat es damals gelautet, es ist ein Regionales Projekt, es hat ein Konzept gegeben, ein Verkehrsprojekt der REPLA und dann muss die Gemeinde Obersiggenthal mitmachen, da wir zu dieser Region gehören. Wir haben die Aufgabe, übergeordnete Aufgaben mitzutragen. Also sagen wir ja zu diesem Projekt, auch wenn es uns Obersiggenthaler als Neben aspekt einen positiven Effekt gibt. Schliesslich nehmen wir Nachteile in Kauf, aber wir hoffen dass die Gemeinde mit den flankierenden Massnahmen diese in Griff bekommt. Was ist das Resultat, wir kennen es alle, wir haben 30% mehr Verkehr, der sich durch die Gemeinde wälzt. Ein Teil davon ist sicher hausgemacht, einverstanden, aber der grössere Teil stammt aus der Region. Das untere Aaretal ist froh über diese Brücke. Wir als Obersiggenthaler tragen aus Gründen der regionalen Solidarität diesen Mehrverkehr mit.

Jetzt stehen wir wieder vor der gleichen Diskussion. In absehbarer Zeit soll Obersiggenthal wieder aus übergeordneter Sicht ein Verkehrsprojekt übernehmen, das uns primär Lasten bringt und wenig Nutzen. Was sagt der Gemeinderat? Der sagt ja dazu, weil man für das Gesamtwohl sorgen müsse und mit flankierenden Massnahmen bekommen wir dies schon in den Griff. Die flankierende Massnahme nennt sich Überdeckung. Also, wenn wir jetzt in die Vergangenheit schauen und man den Anspruch hat, dass man aus der Vergangenheit lernt, dann muss man jetzt ein Zeichen setzen. Ich finde es bedauerlich, dass der Gemeinderat dieses Zeichen nicht setzt, sondern einfach sagt, ja wir tragen dieses Projekt mit, wir wollen einfach einen Deckel darüber. Das kommt bei der Bevölkerung nicht an, das ist nicht das, was Du, Peter Marten, mit dem Fairnesspreis meinst. Wie wäre es wohl, wenn man eine nationale Aufgabe übernehmen müsste, z. B. eine Kehrrichtdeponie? Es ist auch wichtig, dass man diese Aufgabe löst. Oder wie wäre es, wenn ein Durchgangsheim für Asylsuchende hier zur Diskussion stehen würde? Ich bin sicher, dass der Gemeinderat ganz andere Töne anschlagen würde. Ich erwarte, dass man dies jetzt auch macht und darum ist unser Appell von der Fraktion SP/Grüne, dass der Gemeinderat seine Position revidiert und nein sagt zu diesem Projekt. Was mich zum Schluss noch interessieren würde, wie unsere Vertreter vom Gemeinderat im Grosse Rat zu diesem Projekt Stellung genommen haben, ob Sie das Projekt befürwortet haben?

Max Läng, Gemeindeammann: Auch ich habe den Kampf mit der Siggenthaler Brücke erlebt, ich war damals im Einwohnerrat. Das Prozedere, welches damals durchgeführt wurde, habe ich sehr unglücklich gefunden. Man führte damals eine Konsultationsabstimmung durch. Die Konsultationsabstimmung war für die Katze, den Einwohnern hat man Sand in die Augen gestreut, weil Sie rechtlich absolut keine Bindung hatte. Warum nicht? Weil wir weder bei der Siggenthaler Brücke noch beim Baldeggtunnel Bauherr sind. Es gibt übergeordnete Bauwerke, welche nicht die Gemeinde beschliessen, sondern der Grosse Rat. Wie hätte man eine Eisenbahn durch die Schweiz bauen können, wenn jede Gemeinde dazu Stellung nehmen könnte, ob sie eine Eisenbahn möchte oder nicht?

Ueli Zulauf: Aber seiner Zeit haben sich die Untersiggenthaler Bauern gewehrt gegen diese Bahn und aus diesem Grund verläuft die Bahn nicht durch unsere Gemeinde.

Max Läng, Gemeindeammann: Aber wenn sich die Badener auch gewehrt hätten, dann wäre Ueli Zulauf nicht so schnell im Bahnhof Zürich wie jetzt.

Die Gemeinde ist nicht der Bauherr sondern der Kanton und die Entscheidungsbehörde ist der Grosse Rat. Wir haben Ihnen in der Vorlage aufgezeigt, dass wir im Rahmen der Vernehmlassung uns negativ geäussert haben, wir waren aber in der Minderheit und das ist Demokratie.

Auch ein Teil der Demokratie ist, dass man einmal in der Minderheit ist. Baden Regio hat in der Mehrheit die Vernehmlassung so formuliert, dass Sie Zustimmung signalisiert haben. Auf Grund davon und auf Grund unserer Eingaben ist dann in dieses Projekt eingeflossen, dass dieser Strassenabschnitt überdeckt wird. Entscheidend ist der Richtplan, welcher vom Grossen Rat beschlossen wurde. Ich habe diesem Verfahren zugestimmt, Marie-Louise Nussbaumer hat diesem Verfahren nicht zugestimmt, das ist ein demokratisches Abstimmungsverfahren. Es gibt irgendwo eine realpolitische Einschätzung, die vermutlich Peter Marten gemacht hat, der für sich gesagt hat, wenn der Kanton der Bauherr ist und die Gemeinde Obersiggenthal rechtlich nichts machen kann, dann muss sie zumindest schauen, dass sie das Maximum herausholen kann. Das Maximum herausholen bedeutet für uns möglichst alles unter Boden, damit wir den Verkehr nicht sehen und nicht hören. Deine Annahme Ueli Zulauf, dass wir mehr Verkehr haben mit oder ohne Tunnel, weiss niemand von uns. Ich glaube, mit oder ohne Tunnel, wird der Verkehr in der nächsten Zeit noch zunehmen. Deine Annahme, dass es vor allem der Durchgangsverkehr ist, dies trifft am Morgen zu mit dem Verkehr von Waldshut bzw. am Abend, wenn dieser wieder zurückfährt. Aber es ist Tatsache, dass der grösste Teil dieses Verkehrs hausgemacht ist, das heisst Verkehr von Ober- und Untersiggenthal. Anhand der Messungen ist klar sichtbar, wie der Verkehr zunimmt aus Kirchdorf, Landschreiber, Richtung Boldi, also sind wir selber die Verursacher dieses Verkehrs. Darum ist die Schlussfolgerung, wir verhindern den Tunnel, dann haben wir weniger Verkehr, nicht zutreffend. Ich bin der gleichen Meinung wie Peter Marten, der Gemeinderat muss wirklich so viel wie möglich Einfluss nehmen, damit das Ziel erreicht werden kann, die ganze Strasse zu untertunneln. Ich bin in einer Arbeitsgruppe im Zurzgebiet, die verlangen vehement den Baldeggtunnel. Die Ingenieure haben gerechnet und festgestellt, dass die Zeitersparnis, wenn man von Zurzach auf die Autobahn geht, mit einem Tunnel sehr gering ist bei normal rollendem Verkehr. Aus diesem Grund ist es überhaupt nicht gerechtfertigt, für so ein Projekt 1 Mia. oder mehr aufzuwenden. Der andere Aspekt ist, dass die beiden Städte Brugg und Baden die heute den Verkehr aufnehmen, entlastet werden. Mehr oder weniger Verkehr, mit oder Tunnel, das wird es nicht geben. Aus diesem Grund ist unsere Haltung, die wir vertreten, wirklich Einfluss nehmen, die Richtige. Es ist ein Irrtum, wenn man die Bevölkerung informiert, die Gemeinde Obersiggenthal ist in der Lage, dieses Bauwerk zu verhindern.

Markus Renggli: Man muss ja fairerweise auch sagen, dass es nicht einen Knall gibt und dann ist dieser Tunnel da. Das gibt eine Jahre lange riesige Baustelle und eine Beeinträchtigung für Kirchdorf. Durch die Bauerei gibt es ja schon viel mehr Verkehr über Jahre. In Kirchdorf wird man vehement gegen dieses Projekt auftreten.

Eugen Frunz: Wir sprechen immer nur vom Baldeggtunnel, es gibt noch zwei andere Varianten: Petersberg oder Martinsberg. Die günstigste Variante wäre der Martinsberg. Wenn wir uns genug wehren, sagt der Kanton nachher, also gut, machen wir den Martinsberg. Dem Kanton ist es eigentlich ja egal, wo die Streckenführung durchgeht. Aber ob dies die bessere Variante wäre, bezweifle ich.

Peter Stucki: Ich erlaube mir, Max Läng zu widersprechen, was die Verkehrszunahme betrifft. Einen Blick auf die Schweizerkarte zeigt, dass wir Nussbaumer mit dem Auto innerhalb von einer Stunde via Westumfahrung Zürich im Gotthardstau stehen können. Wir können schon unter dem Uetliberg entscheiden, ob wir links Richtung San Bernardino möchten. Wir wissen, dass Waldshut gegen Norden und gegen Westen sehr gut erschlossen ist, insbesondere für den Schwerverkehr. Ich bin überzeugt, wenn das untere Aaretal die Verbindung an die A1 fördert, wird das eine echte Alternative für den gewerblichen Güterverkehr werden nach Basel. Basel wird immer unattraktiv sein, der Güterverkehr sucht sich nicht nur den kürzesten, sondern auch den schnellsten Weg. Ich fürchte sehr, dass so ein Baldeggtunnel dazu dient, dass wir zusammen mit dem unteren Aaretal und mit Kirchdorf eine echte Alternative für den europäischen Nord-Süd-Verkehr werden. Die anderen Bauten sind erstellt und funktionstüchtig. Brugg und Baden erfüllen heute diesen Zweck, als Stopper für den Verkehr. Ich glaube nicht Max, dass Du recht hast, dass wir keine Verkehrszunahme haben werden. Wir werden in der Sommerferienzeit auch viele Wohnwagen mit gelben Nummern sehen, weil es auch für diese eine wunderschöne Alternative ist zum Grossraum Basel. Der Auftrag, welcher der Ge-

meinderat von der Bevölkerung hat, ist die Gemeinde zu schützen und böses von dieser Gemeinde abzuwenden. Ich denke, eine solche Transitstrasse ist etwas böses, damit könnten wir unser Leitbild von heute über Bord werfen. Ich glaube der Schutz, welcher der Gemeinderat der Bevölkerung geben muss, erfolgt in zwei Schritten: Wir wollen den Baldeggtunnel überhaupt nicht und wenn er kommt, dann nur mit einem Deckel. In der Antwort des Gemeinderates steht, wir wollen den Baldeggtunnel mit Deckel. Das stört uns. Wir möchten, dass der Gemeinderat gegenüber aussen in den nächsten Jahren klar betont, dass diese Streckenführung nicht gewünscht wird.

André Kummer: Der Verkehr wird zunehmen. So oder so. Sicher nicht nur vom unteren Aaretal. Jedes fünfte Auto, das über die Hertensteinstrasse fährt, hat eine WT-Nummer. Durch die flankierenden Massnahmen in Untersiggenthal oder das Aartal wird verursacht, dass viele durch das Surbtal fahren und über die Hertensteinstrasse kommen um anschliessend Richtung Kirchdorf zu fahren. Wir werden so oder so überflutet vom Verkehr. Ich bin also auch gegen diesen Baldeggtunnel.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderates. Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Der Antrag wird mit 29 Ja- zu 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **angenommen**.

13 2011.43 Postulat Josef Sieber, CVP, Schulstandort Kirchdorf / Beantwortung

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Josef Sieber: Ich bin zusammen mit der CVP-Fraktion erfreut über die Antwort des Gemeinderates. Wir haben im Oktober verlangt, dass der Gemeinderat das Schulhaus Kirchdorf nicht einfach aus dem Finanzplan streichen darf, sondern zuerst verschiedene Punkte abklären muss. Dies ist mit der Beantwortung meines Postulates passiert. Gemäss dem Bericht der Schulpflege müssen wir davon ausgehen, dass mittelfristig rund zwölf Schulzimmer fehlen. Es wird nun die Aufgabe einer Arbeitsgruppe sein, diese Schätzung zu erhärten und ein genaues Raumprogramm zu erstellen. Wie man der Vorlage entnehmen kann, ist es aus baufachlicher Sicht besser, die beiden Gebäude abzureissen und neu aufzubauen. Auch hier benötigt es noch genauere Abklärungen und Kostenrechnungen. Wenn das Vorhaben mit allen weiteren geplanten Bauten unsere finanziellen Möglichkeiten übersteigt, dann hat der Gemeinderat Prioritäten festgelegt. Zuerst kommt das Goldiland, dann Kirchdorf und als Drittes die Aufstockung vom Schulhaus Unterboden. Die Fraktion der CVP ist mit dieser Reihenfolge einverstanden. Zum Schluss danke ich dem Gemeinderat, dass er die notwendigen Abklärungen veranlasst hat und der Einwohnerrat jetzt die nötigen Grundlagen besitzt, um sachlich über zukünftige Investitionen zu diskutieren.

Bettina Lutz Güttler: Stellt jemand den Antrag auf Diskussion?

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderates. Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Der Antrag wird mit 37 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

14 2012.15 Umfrage

Patrick Hehli: In der letzten Sonntagszeitung konnte man die ganzen Unannehmlichkeiten mit den Offertabsprachen zwischen den Baugeschäften lesen. Meine Frage an den Gemeinderat, sind wir auch betroffen in einer Form? Wenn ja, was für eine Summe müsste man annehmen, die man zuviel bezahlt hätte? Was unternimmt die Gemeinde gegen solche Schweineereien?

Es kann nicht sein, dass ich der einzige Sportler bin in diesem Raum. Es gibt einige, die jünger sind als ich und im Jahr der Olympiade würde doch der olympische Gedanke zählen. Ich wäre schon froh, wenn wir wieder einmal eine Mannschaft zusammen bringen würden. Es geht dort nicht um sein oder nicht sein, es geht darum, dass man auch einmal ausserpolitisch einen schönen Tag verbringen kann und wir uns wieder einmal als sportlicher Einwohnerrat am Wettingerfest präsentieren könnten. Also meldet euch bitte bei Bettina Lutz.

Max Läng, Gemeindeammann: Es ist ein laufendes Verfahren und dem Gemeinderat liegt noch kein schriftlicher Bericht vor. Aus diesem Grund kann noch keine Aussage gemacht werden.

Ueli Zulauf: Ich habe eine Frage zum Strassenstück Schulstrasse im Markthof. Ich habe gehört, dass der Gemeinderat in Erwägung zieht, dieses Stück zu verkaufen. Stimmt dies? Zu welchen Konditionen? Wie wird das öffentliche Interesse gewahrt? Darf die Öffentlichkeit weiterhin von diesem Strassenstück Gebrauch machen?

Max Läng, Gemeindeammann: Das trifft zu, der Gemeinderat hat schon sehr lange Verhandlungen geführt mit der Markthofeigentümergeinschaft. Für den Gemeinderat ist die heutige Situation sehr unbefriedigend. Wenn Haftungsfragen auftauchen, dann wird es sehr kompliziert, wer zuständig ist. Aus diesem Grund wurden über mehrere Jahre Verhandlungen geführt mit den Eigentümern. Man konnte sich über einen Verkaufspreis einigen, die Finanzkommission wurde über dieses Vorgehen informiert. Wichtig ist, dass wir im Gestaltungsplan eine Formulierung haben, wie die Gemeinde Einfluss nehmen kann und konkret wurde dies in einem Reglement umgesetzt, welches der Gemeinderat zusammen mit den Markthofeigentümern ausgearbeitet hat, welches aber noch nicht in Kraft gesetzt wurde. In diesem Reglement ist geregelt, wie der Raum von der Öffentlichkeit weiterhin genutzt werden kann.

Ueli Zulauf: Kommt dieses Geschäft vor den Einwohnerrat?

Max Läng, Gemeindeammann: Nein, dies liegt im Kompetenzbereich des Gemeinderates.

Willi Graf: Wer hat Einfluss auf dieses Reglement?

Max Läng, Gemeindeammann: Der Gemeinderat erlässt dieses Reglement. Der Grundeigentümer unterschreibt es zusammen mit dem Gemeinderat.

Bettina Lutz Güttler: Ich möchte die Sitzung schliessen und würde mich freuen, wenn noch viele ins Jägerhuus mitkommen würden.

Die Präsidentin:

Bettina Lutz Güttler

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler